

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPIELARTEN RUSSISCHER DEMOKRATIE

■ ANALYSE	Institutionelle Reform und Demokratiediskurs in Russland Von Jin-Sook Ju, Universität Pai Chai, Korea	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Demokratie und Opposition im Blick der russischen Öffentlichkeit	5
■ ANALYSE	Nikita Michalkow als politischer Mentor Russlands Von Ulrich Schmid, St. Gallen	10
■ ANALYSE	Wie stark ist Putins Partei in den Regionen? Fraktionelle Zusammensetzung der Regionalparlamente Von Ksenia Chepikova, Jena	13
■ TABELLEN ZUM TEXT	Ergebnisse der Regionalwahlen und Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten	18
■ CHRONIK	Vom 18. November bis zum 2. Dezember 2010	25
■ PRESSEMITTEILUNG	Ost-Ausschuss: Russland muss integraler Bestandteil eines europäischen Wirtschaftsraums werden	28
■ LESEHINWEIS	Abstracts von Artikeln aus Osteuropa 10/2010 mit Russlandbezug	29

Die »Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung«, die Dmitrij Medwedew am 30. November 2010 vorgetragen hat, wird in der nächsten Nummer der Russlandanalysen ausführlich behandelt.



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Institutionelle Reform und Demokratiediskurs in Russland

Von Jin-Sook Ju, Universität Pai Chai, Korea

Zusammenfassung

Das Konzept der »souveränen Demokratie« demonstriert, wie die internationalen demokratischen Normen im innenpolitischen Kontext Russlands adaptiert wurden. Wladislaw Surkow, der führende *spin doctor* des Präsidenten, entwickelte spezifische politische Programme zur Verwirklichung einer Demokratie russischen Typs, die auf seiner Interpretation der internationalen und innerstaatlichen Krisen sowie auf der Neudefinition der nationalen Interessen basieren. Die Analyse zeigt, wie das Konzept der »souveränen Demokratie« und seine wesentlichen Grundzüge, die Zentralisierung der Macht und die Schaffung einer Demokratie russischen Typs, nicht nur in die neuen politischen Institutionen integriert werden, sondern auch Verwendung finden, um diesen neuen Institutionen Legitimität zu verleihen.

Surkow und die »souveräne Demokratie«

Wladislaw Surkow, der Erste Stellvertretende Leiter der russischen Präsidentschaftsadministration, benutzte den Ausdruck »souveräne Demokratie« zum ersten Mal 2006 in einem Interview mit einem ausländischen Reporter, um ihn später in dem Artikel »Nationalisierung und Zukunft« im Wirtschaftsmagazin »Expert« auszuführen und zu konkretisieren. Das Konzept der »souveränen Demokratie« gilt seitdem als politische Doktrin Russlands. Hervorgehoben werden sollte, dass die Idee in Russland von einem breiten Spektrum ideologischer Strömungen aufgenommen wurde, von extrem rechtem Nationalismus bis hin zu relativ moderaten Positionen. Das Konzept beinhaltet die Grundzüge des nationalen Konsenses, der sich innerhalb der herrschenden Elite Russlands herausgebildet hat und der u. a. einen starken Staat, die Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstands, die Wiederherstellung der internationalen Stellung Russlands als Supermacht und nationales Denken einschließt.

Die Tatsache, dass das Konzept der »souveränen Demokratie« in den unterschiedlichsten Bereichen, auch den Massenmedien, solche positiven Reaktionen hervorrief, spiegelt die politische Funktion des Konzeptes wider und seine enge Verknüpfung mit der politischen Realität Russlands. Surkow stellte eine ideologische Basis für Putins Herrschaft bereit. Sein Konzept der »souveränen Demokratie« wurde sowohl zur Ideologie für Putins Regime als auch zur Parteiideologie für »Einiges Russland«.

Adaption internationaler Demokratievorstellungen

Das Konzept der »souveränen Demokratie« demonstriert, wie internationale demokratische Normen für den innenpolitischen Kontext Russlands adaptiert wurden. Dabei muss hervorgehoben werden, dass der politische Diskurs in Russland ohne Scheu das Konzept Demo-

kratie verwendet. Er beschränkt sich keineswegs darauf, die Besonderheit Russlands, seine Unabhängigkeit von internationalen Normen zu betonen. Der Diskurs über die »souveräne Demokratie« strebt fortwährend Universalität und Generalität an. Mit anderen Worten, man geht davon aus, dass Russland als ein Fall der universalen Demokratie betrachtet werden muss. Surkow erklärte: »Wie die Tatsache belegt, dass die deutsche Demokratie sich von der französischen unterscheidet, nicht grundlegend, jedoch in ihrer Funktionsweise, so existieren unterschiedliche Traditionen und Formen von Demokratien«. Das zeigt auch die selektive Aufnahme von Demokratie durch die russische Elite, indem das Land eine pro-westliche Haltung bei Kooperationen zur wirtschaftlichen Entwicklung beibehält, sich jedoch gegen eine Vereinnahmung durch die liberalen Demokratien westlichen Typs wehrt.

Der Anspruch auf Universalität und die selektive Annahme demokratischer Ideen spiegelt die Stärke internationaler Normen wider, doch gleichzeitig demonstriert das Konzept der »souveränen Demokratie«, wie internationale Normen mit innerstaatlichen kombiniert werden und daraus neue Ideen entstehen. Manifestiert wird dies durch die Neuinterpretation des Demokratiekonzeptes im Kontext der russischen Geschichte, die sich von jener der liberalen Demokratien des Westens unterscheidet.

Surkow beschäftigt sich mit der Frage, welche Gestalt die Demokratie russischen Typs, in Abgrenzung zur westeuropäischen liberalen Demokratie, annehmen soll. Seiner Meinung nach ist die russische Demokratie, obgleich auf der Demokratie europäischen Typs fußend, eine andere Variante, die die besondere russische Zivilisation widerspiegeln und somit von Natur aus national sein soll. Die Kritik an der Demokratie westlichen Typs konzentriert sich auf das Konzept der »Freiheit«. »Freiheit« oder »Liberalität« werden als der eigentliche Feind betrachtet, der zur Einmischung durch die US-Hegemonie und zur Zerstörung der russischen Staatlichkeit führte. Daher ist es Surkow zufolge unabding-

bar, die typischen und tief verwurzelten Charakteristika der russischen Kultur zu begreifen, um die praktische Form der russischen Demokratie zu verstehen. Die russische Kultur wird hierbei definiert durch die Begriffspaare: »*a priori* Synthese gegenüber empirischer Analyse, Idealismus gegenüber Pragmatismus, Intuition gegenüber Vernunft und das Ganze gegenüber den Teilen.«

Vor dem Hintergrund dieses kulturellen Erbes hat die »souveräne Demokratie« Russlands drei Charakteristika: »die politische Einheit durch Zentralisierung der Macht, den Idealismus als Ziel bei der politischen Auseinandersetzung und die Personalisierung der politischen Institutionen«. In anderen Worten, die russische Demokratie wird nicht durch Diversität sondern durch Einheit charakterisiert und der Präsident wird als Zentrum und Stabilisator einer solchen Einheit und Konzentration gesehen. Demnach betrachtet die »souveräne Demokratie« den Pluralismus nicht als wesentliches Element der Demokratie. Im russischen Kontext wird Pluralismus als Beeinflussung durch oligarchische Gruppen und ausländische Organisationen gesehen und somit als etwas Negatives. Das dritte Charakteristikum, die Personalisierung politischer Institutionen, wird als eine Betonung auf die Führungspersonen und deren Bedeutung als Akteure interpretiert. Solche Argumente bereiten den Boden für Russlands zentralistische Herrschaftsstruktur.

Das Konzept der Diktatur wird im Rahmen des Diskurses über die »souveräne Demokratie« vielfach nicht als Gegensatz zur Demokratie, sondern vielmehr als unvermeidbar oder wesentliches Element beim Aufbau der »souveränen Demokratie« betrachtet. Alexander Dugin zufolge »war die Errichtung einer Diktatur in den Jahren 2007–2008 in Russland unausweichlich.« Ihm zufolge »ist es Putins Mission, die Form und neue Richtung der Diktatur zu bestimmen... Er könnte die Grundlage eines diktatorischen Systems der Zukunft legen und unterschiedliche politische Kräfte in die imperial-patriotische Richtung für Ziele wie einer historischen Vergeltung, Stärkung der russischen »Souveränität und neuer geopolitischer Dynamiken vereinen.« Diese Uminterpretation des Demokratiekonzeptes setzt sich in der historischen Anschauung fort, insbesondere durch die Neubetrachtung der sowjetischen Geschichte. Surkow versteht die Geschichte des Sowjetsystems als eine Variante der russischen Demokratie, da sich die Sowjets auf einer ideologischen Grundlage von Freiheit und Gleichheit bewegten. Ihm zufolge beinhaltete die Sowjetunion »die Keime der Demokratie, propagierte diese und gab ihr eine Gestalt in der Sprache.«

Krisenbewältigung als Kern des Konzepts

Das Konzept der »souveränen Demokratie«, basierend auf einer Uminterpretation der Demokratie, ermög-

licht zudem eine Interpretation von Krisensituationen. Genauer gesagt, interpretiert das Konzept die folgenden zwei Krisensituationen: die Neuordnung der internationalen Ordnung und den innenpolitischen Wandel.

Im Wesentlichen konzentriert sich das Konzept der »souveränen Demokratie« auf die Interpretation der internationalen politischen Situation und die Neudefinition der russischen Interessen. Zentrale Argumente der Anhänger der »souveränen Demokratie« bezüglich der internationalen politischen Situation können wie folgt zusammengefasst werden: »die Marginalisierung Russlands« und »die Entstehung einer unipolaren Ordnung unter der Hegemonie der USA« im Prozess der Umstrukturierung der internationalen Machtbeziehungen. »Das globale Gleichgewicht wurde zerstört und ein Imperium errichtet ein eigenes ideologisches System um die Welt zu beherrschen.« Die »souveräne Demokratie« wird demnach als ein Konzept präsentiert, das sich der US-Hegemonie ideologisch wie auch außenpolitisch entgegenstellt. Ebenso wird die Modernisierung der strategischen Nuklearkräfte und des konventionellen Militärs gegen Sicherheitsbedrohungen propagiert. Mit anderen Worten, Russland benötigt, angesichts des Vorschreitens einer unfairen Globalisierung, Souveränität, um eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren. Die globale Energiesicherheit ist ein Weg, die Souveränität Russlands zu gewährleisten. Das Souveränitätskonzept symbolisiert hierbei Russlands strategische Annäherung an die Globalisierung.

Gleichzeitig bietet das Konzept der »souveränen Demokratie« eine Interpretation für die innenpolitische Krise. Hierbei dreht sich die Interpretation um das Konzept des Liberalismus. »In der Jelzin-Ära konnten wir eine Tyrannei des radikalen Liberalismus beobachten, als die herrschende Elite die Elemente der Volksdemokratie zerstörte.« Jene Politiker, die in den 1990er Jahren einen radikalen Liberalismus repräsentierten, werden heute als Elitegruppe dargestellt, die sich im wesentlichen aus einer Koalition von Oligarchen und Bürokraten zusammensetzte und die Bevölkerung verachtete. Demnach sieht das Konzept der »souveränen Demokratie« die Möglichkeit des Wiedererstarkens von oligarchischen Gruppen und Regionalfürsten als größte innenpolitische Gefahr. Oligarchische Kräfte werden als Produkt des liberalen Übels gesehen, im Gefolge des Rückgangs staatlicher Intervention. Dieser Interpretation zufolge übernahmen oligarchische Gruppen auf unfaire Weise die Macht, indem sie in einem Moment staatlichen Kontrollverlustes und der Übermacht von Unverantwortlichkeit und Unordnung die Nomenklatur rasch ersetzten. Surkow verbindet das Entstehen der Oligarchie und die Verbreitung der Korruption mit dem Konzept von »Freiheit«. Dieses Konzept der Freiheit wird

auch angewandt, um das föderale System Russlands zu kritisieren. Ministerpräsident Wladimir Putin beklagt sich über das Mehrheitswahlsystem auf Gebietsebene, da es »nicht verhindern könne, dass Regionalfürsten ihre Kandidaten wählten, indem sie sich ihrer administrativen Ressourcen bedienten.« So wird argumentiert, dass die neue Institution (das Verhältniswahlsystem) zur qualitativen Verbesserung des politischen Systems in Russland beigetragen hat. Nicht nur, indem sich der Einfluss von politischen Parteien bei der Wahl demokratischer Regierungen vergrößert hat, sondern auch, indem der Wettbewerb zwischen den Parteien zugenommen hat.

Institutioneller Aufbau

Seiner Interpretation der internationalen und innerstaatlichen Krisen sowie der Neudefinition der nationalen Interessen zufolge, schlägt Surkow eine Reihe spezifischer politischer Programmelemente zur Verwirklichung der Demokratie russischen Typs vor. Erstens sollte das gesamte russische Territorium unter dem alleinigen und zentralisierten Staat vereinigt werden und der Präsident die Kontrolle über die Gouverneure der föderalen Subjekte ausüben. Zweitens sollten versprengte politische Kräfte in starke nationale Parteien integriert werden und ein Verhältniswahlsystem für die Dumawahlen eingeführt werden. Weiterhin empfiehlt Surkow das Verbot kleiner, regional-, religiös- und berufsorientierter Parteien, so dass politische Parteien die Wähler nicht nur nach ideologischen und inhaltlichen Standpunkten

unterteilen, sondern auch zur Integration der gesamten Bevölkerung durch allgemeine, geteilte Werte beitragen.

Eine ähnliche Vorstellung der institutionellen Reform tauchte in Putins Rede im Oktober 2006 auf. Dabei überrascht nicht, dass Surkows Konzept der »souveränen Demokratie« und seine politischen Vorschläge zu eben jener Zeit veröffentlicht wurden. Putin zufolge sollte die zentrale Aufgabe der Regionalreform die Stabilisierung der Staatsmacht sein, und die Aufgabe, einen sozialökonomischen Komplex über das gesamte Territorium zu errichten, sollte aus der Perspektive der staatlichen Entwicklung betrachtet werden. Als ein wichtiges institutionelles Instrument zur Sicherung von Hierarchie in den Herrschaftsbeziehungen und der Stärkung politischer Parteien wurde eine Reform des Wahlsystems durchgeführt, die im Einklang mit Putins politischer Intention und Vorstellung steht. Zu Beginn des neuen Jahrtausends brachte Putin eine Reihe institutioneller Reformen auf den Weg, die auf den Aufbau eines starken Staates ausgerichtet waren. Dazu gehören etwa die Novellierung des Gesetzes über politische Parteien, die diesen eine exklusive Teilhabe im Verhältniswahlsystem garantiert (2001), der Ausschluss sozialer Gruppen von Wahlen (2003), die Anhebung der Mindestzahl von Mitgliedern bei Parteineugründungen (2004) und das Verbot eines Rückzugs aus Verhandlungsblöcken für Duma-Abgeordnete (2004).

Übersetzung: Christoph Laug

Über die Autorin

Prof. Dr. Jin-Sook Ju ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Pai Chai in Korea. Sie ist Autorin von »Democratic Consolidation in Russia and Political Process« (2010) und »Electoral System Reform in Russia: Power Relations, Diffusion and Institutional Change« (2009).

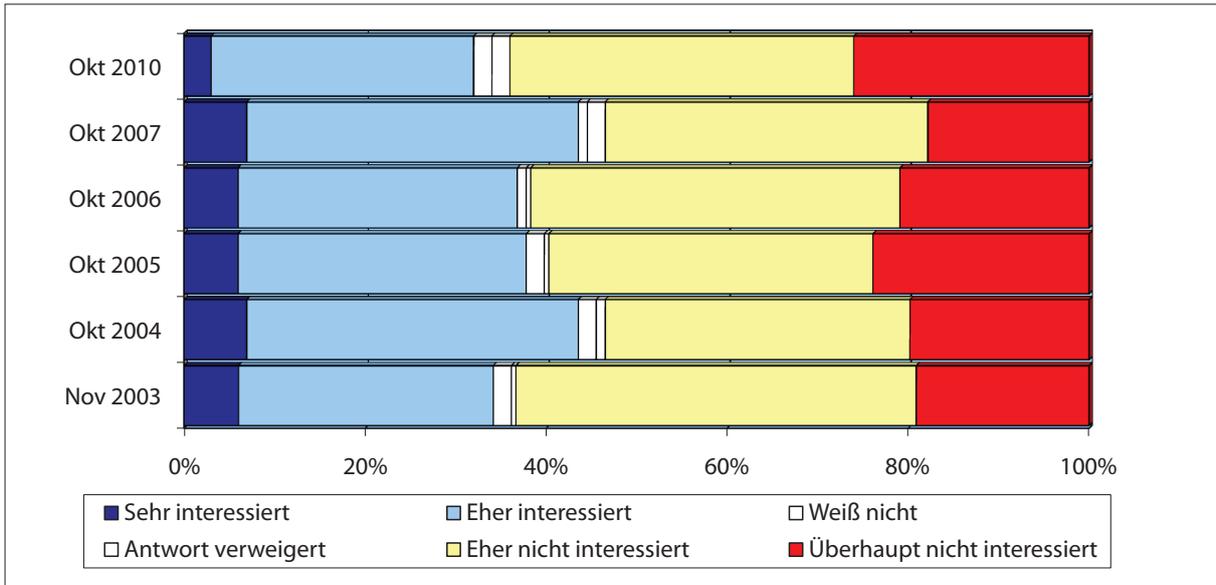
Lesetipps:

- Vladislav Surkov, "Commentaries on the Discussion of 'Paragraphs pro Sovereign Democracy,'" *Russian Studies in Philosophy*, No. 4 (Spring 2009).
- Vladislav Surkov, "Russian Political Culture. The View from Utopia," *Russian Politics and Law*, vol. 46, no. 5, (September–October 2008), pp. 10–26.

Demokratie und Opposition im Blick der russischen Öffentlichkeit

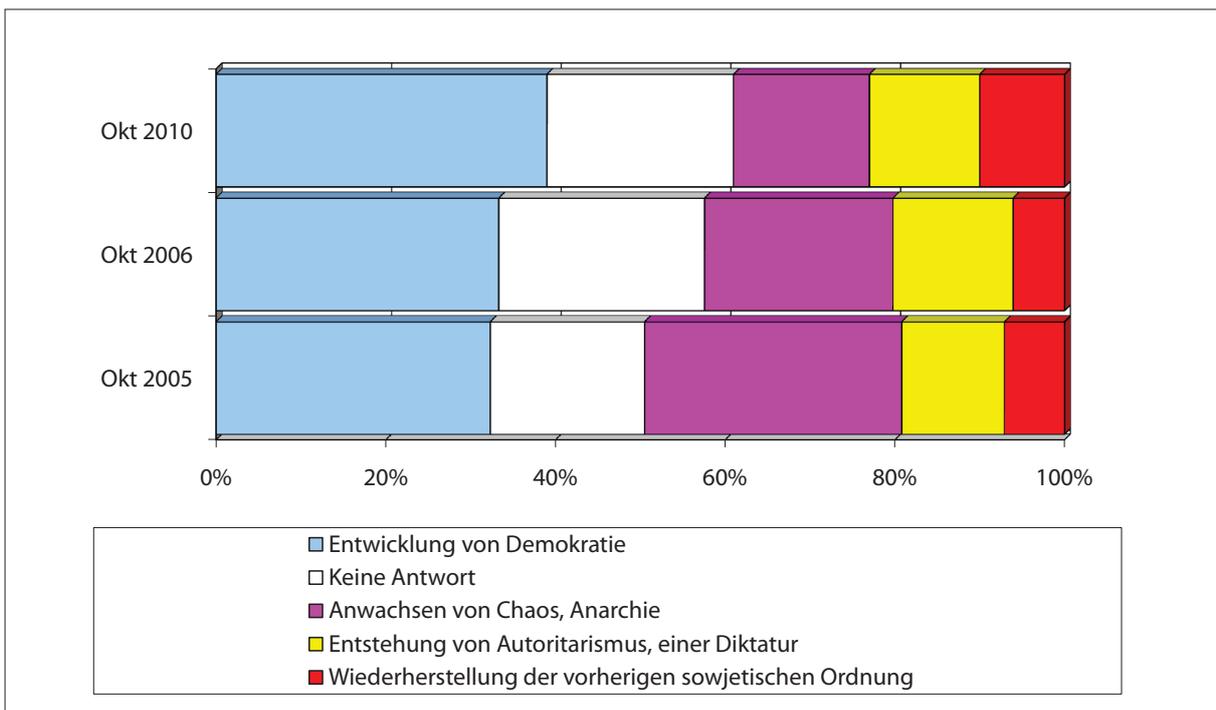
Politik und Demokratie

Grafik 1: Inwieweit interessieren Sie sich für Politik?



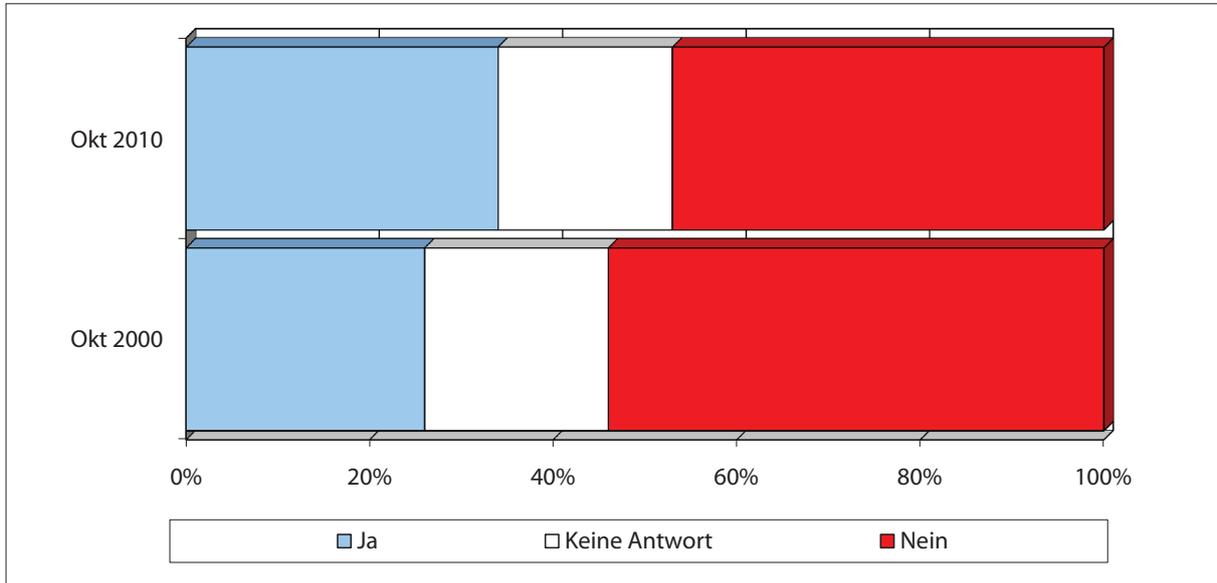
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111201.html>

Grafik 2: In welche Richtung entwickelt sich momentan das politische Leben Russlands?



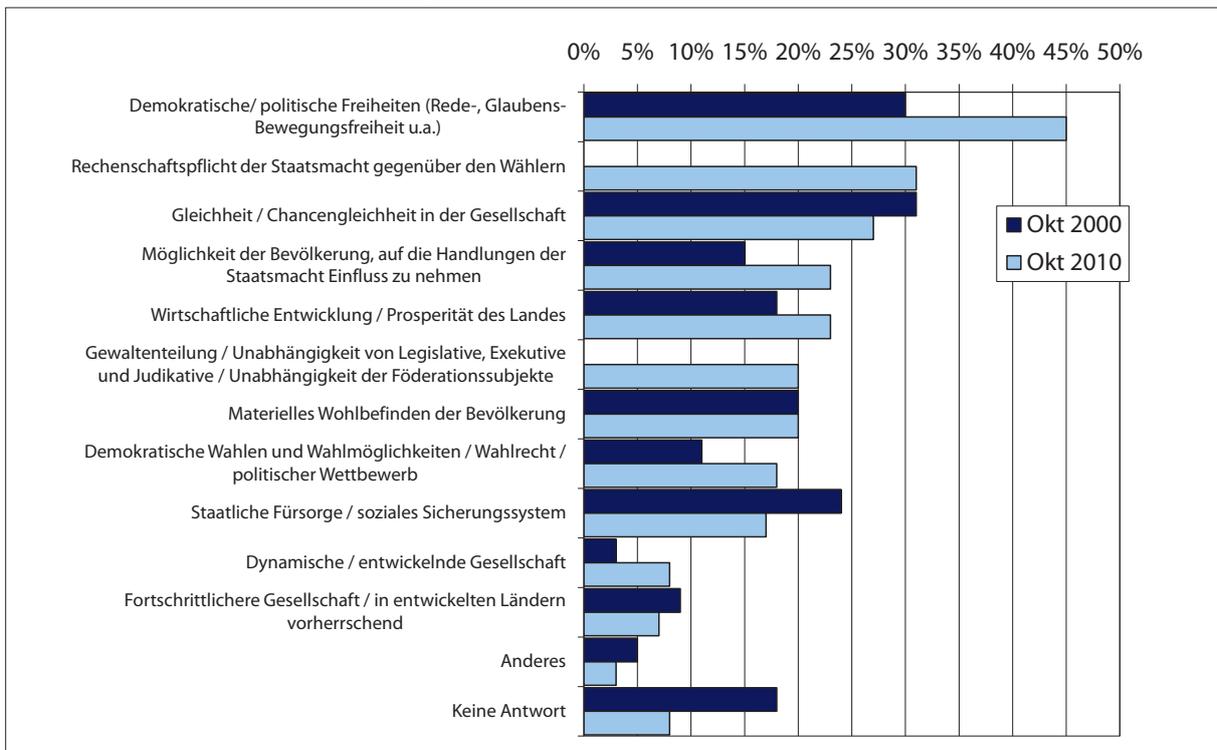
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111201.html>

Grafik 3: Ist Russland im Moment eine »Demokratische Gesellschaft«?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111201.html>

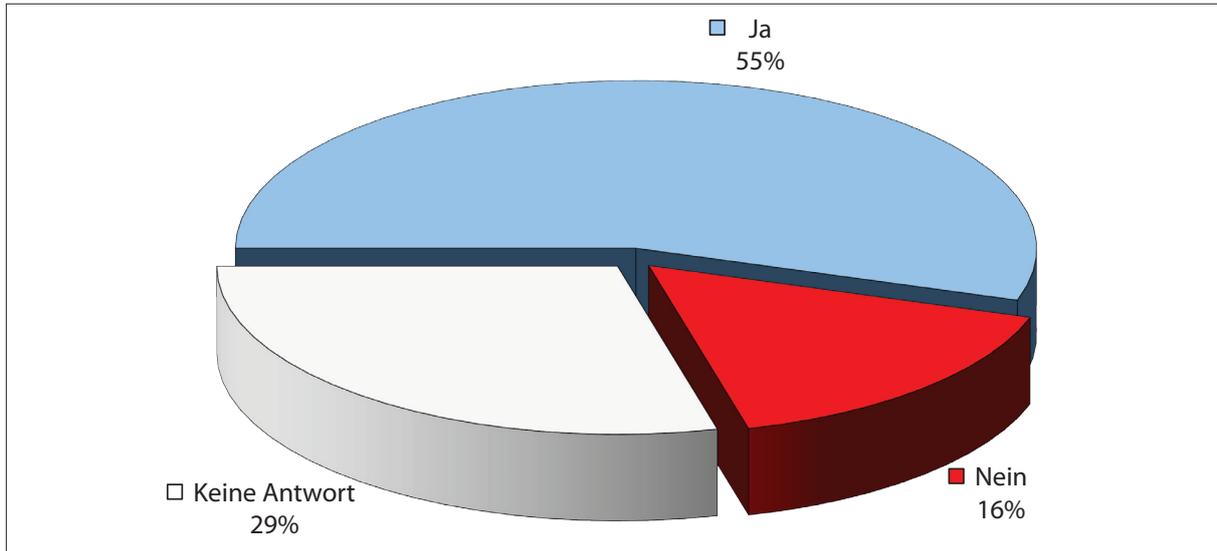
Grafik 4: Was ist Ihrer Meinung nach eine »demokratische Gesellschaft«?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111201.html>

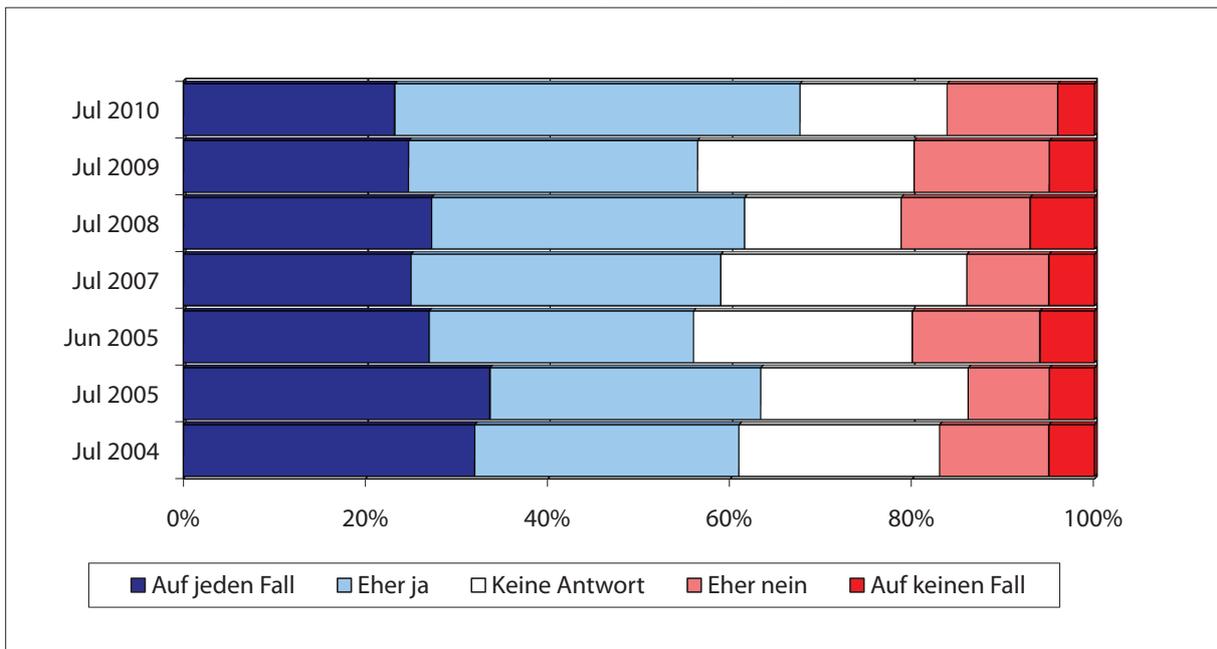
Über den Wert von Opposition

Grafik 5: Braucht Russland momentan Ihrer Meinung nach eine Opposition? (Oktober 2010)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111705.html>

Grafik 6: Braucht Russland im Moment eine politische Opposition?



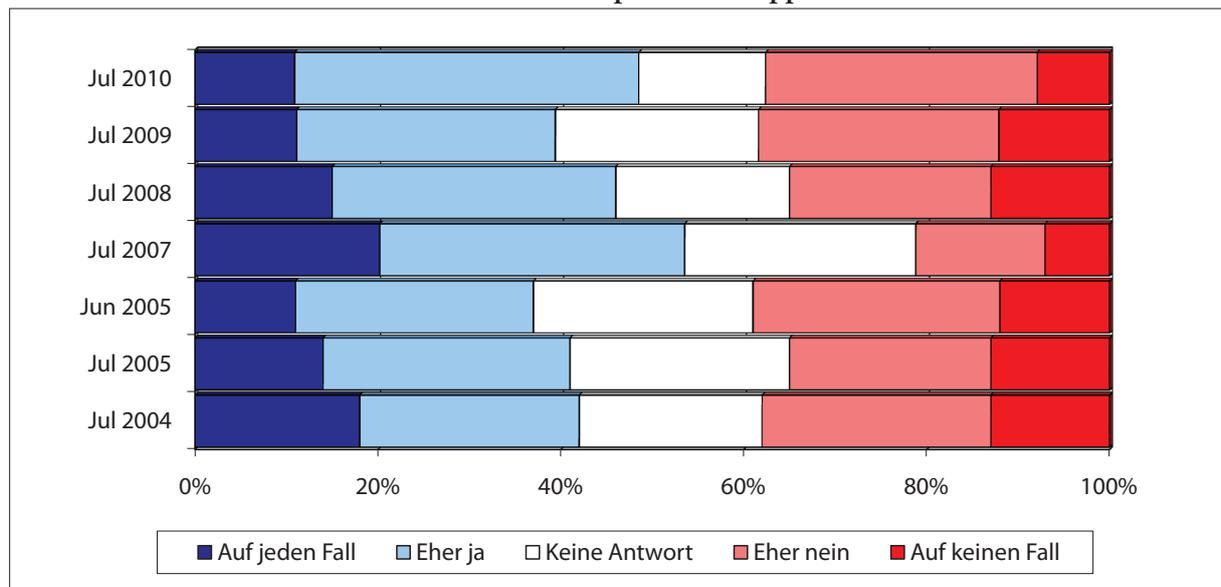
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111705.html>

Tabelle 1: Die Notwendigkeit einer Opposition in Russland

Warum ist Ihrer Meinung nach eine Opposition in Russland notwendig? (Oktober 2010)		Warum ist Ihrer Meinung nach eine Opposition in Russland nicht notwendig? (Oktober 2010)	
Um die Macht unter gesellschaftlicher Kontrolle zu halten/ ihr keine Gelegenheit zu lassen, sich »einzugraben«	53 %	In unserer schweren Zeit sollten die gesellschaftlichen Kräfte nicht in Streit und Auseinandersetzung zersplittert werden	31 %
Um der Gesellschaft eine Wahl zwischen den Programmen der Staatsmacht und der Opposition zu lassen	27 %	Die aktuellen Probleme in Russland können nur durch eine feste Hand gelöst werden	27 %
Um den Dialog zwischen Staatsmacht und Gesellschaft zu fördern	27 %	Putins Politik spiegelt die Interessen breiter Bevölkerungsschichten wider	18 %
Um Minderheitsinteressen bei staatlichen Entscheidungen zu berücksichtigen	20 %	Die Opposition stört Putin bei der effektiven Lösung unserer Probleme	17 %
Um eine demokratische Wahl und Machtwechsel zu garantieren (die heutige Opposition ist die Staatsmacht von morgen)	18 %	Eigennützige Interessen/ moralisch schlechtes Erscheinungsbild der Oppositionsführer.	14 %
Anderes	3 %	Anderes	3 %
Keine Antwort	3 %	Keine Antwort	10 %

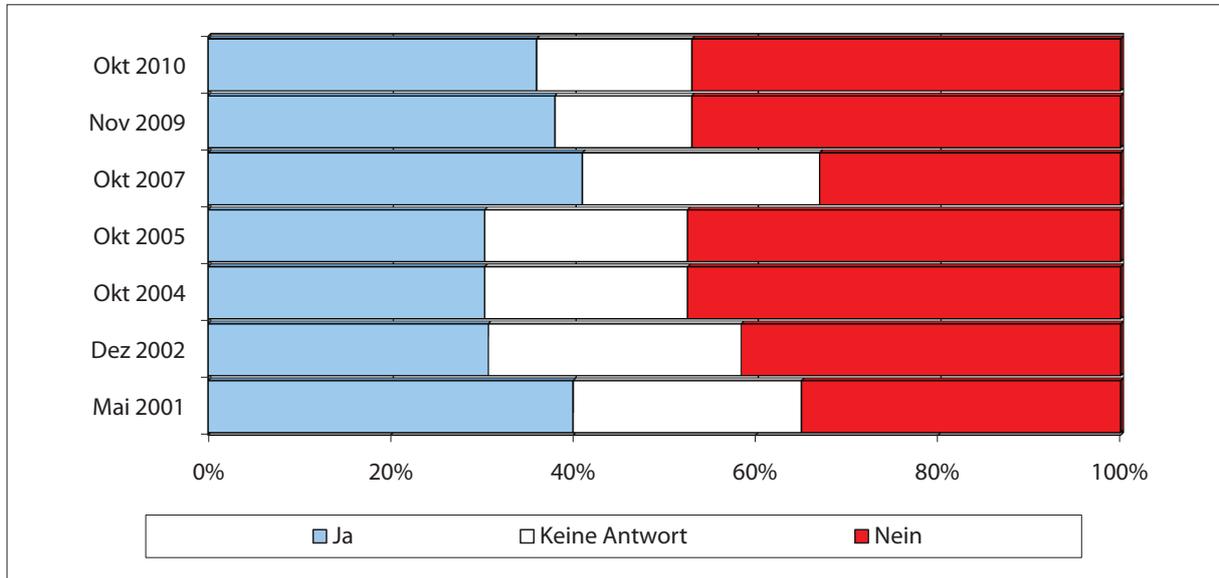
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru./press/2010111705.html>

Grafik 7: Gibt es momentan in Russland eine politische Opposition?



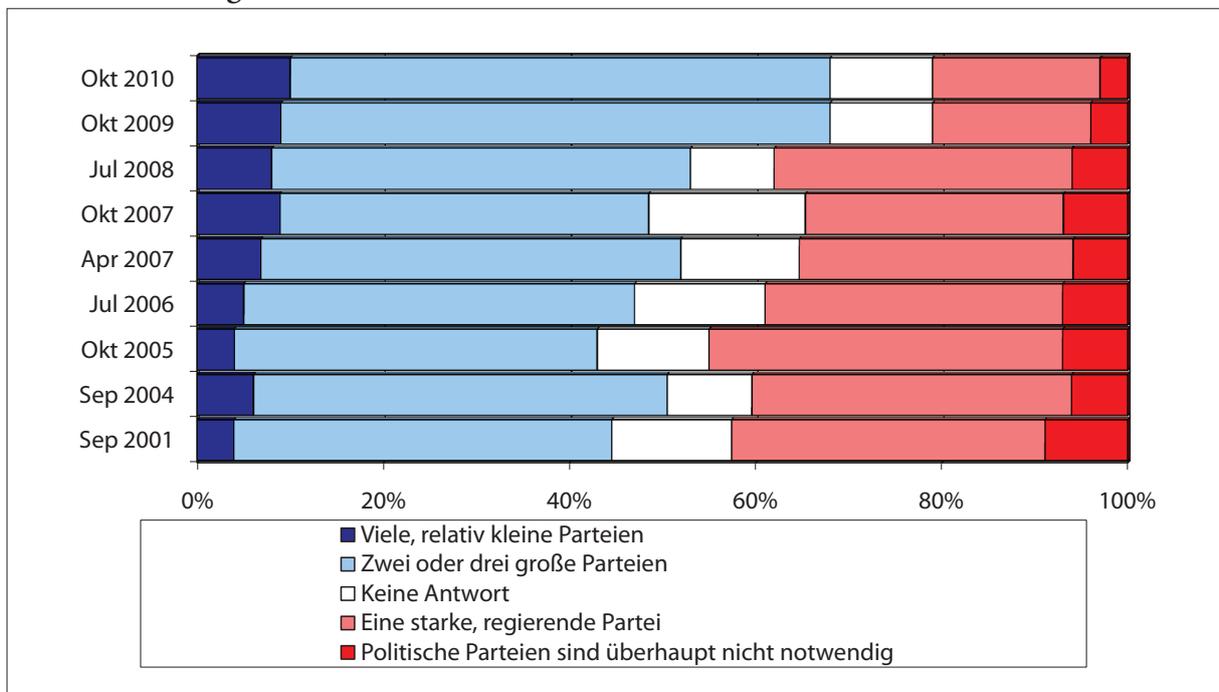
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru./press/2010111705.html>

Grafik 8: Gibt es in Russland momentan bedeutende oppositionelle Parteien oder Bewegungen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111705.html>

Grafik 9: Wie viele politische Parteien sind gegenwärtig Ihrer Meinung nach in Russland notwendig?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru/press/2010111705.html>

Nikita Michalkow als politischer Mentor Russlands

Von Ulrich Schmid, St. Gallen

Zusammenfassung

Der russische Filmregisseur Nikita Michalkow hat kürzlich ein Manifest des »aufgeklärten Konservatismus« vorgelegt, das eine autoritäre politische Zukunftsvision entwirft. Politische Stabilität und Wirtschaftswachstum, garantiert durch eine starke Führungspersönlichkeit, stehen im Zentrum seines Entwurfs. Der Text überrascht allerdings nicht, er stellt die Summe von Michalkows nationalkonservativen, religiös verklärten Ansichten dar. Sowohl in seinen Filmen als auch in seinen politischen Äußerungen hat er sich als geistiger Führer der Nation stilisiert. Michalkows Auffassung der idealen Staatsordnung mit ihrer starken Verankerung in der kulturell und religiös geprägten Russianness liegt den Vorstellungen von Wladimir Putin nicht fern – und das macht ihre politische Bedeutung aus.

Michalkows Manifest

Am 26. Oktober 2010 übergab der russische Filmregisseur Nikita Michalkow der russischen Regierung sein Manifest des »aufgeklärten Konservatismus«. Auf 63 Seiten legte Michalkow unter dem Titel »Recht und Wahrheit« seine politische Zukunftsvision Russlands dar. Die zentralen Werte sind für Michalkow politische Stabilität und ökonomisches Wachstum. Gesichert werden kann dieses Programm nur durch einen starken Leader der Nation: »Gesetzlichkeit und Ordnung müssen in Russland nicht nur eine Möglichkeit werden, sondern Wirklichkeit. Deshalb müssen sie vom politischen Willen des Leaders des Landes gestärkt werden. Dieser Leader muss fähig sein, Verantwortung zu tragen, schnell, präzise und entschieden zu handeln in den Fällen, in denen dies für die nationale Sicherheit oder für die Rettung russischer Menschenleben notwendig ist.« Als Gegenstück zu dieser Führerfigur fordert Michalkow umgekehrt von den russischen Bürgern »Loyalität zur Macht« und »das Vermögen, sich würdig der Autorität unterzuordnen«, weil eine »personifizierte Herrschaft« und »eine persönliche Verantwortung einer kollektiven Verantwortungslosigkeit« vorzuziehen seien. Deshalb gehörten »Wahrung der Ehre, Anerkennung der Pflicht, Verehrung des Rangs« zu den typisch russischen Tugenden.

Russland sei nicht Honduras, deshalb dürfe Modernisierung nicht mit Verwestlichung gleichgesetzt werden. Im Gegenteil hält Michalkow emphatisch fest: »Russland-Eurasien ist das geopolitische und sakrale Zentrum der Welt.« Russland ist deshalb kein »Nationalstaat«, sondern ein »kontinentales Imperium«. Durch seine tragische Geschichte nimmt Russland allerdings nicht den Platz in der Weltordnung ein, der ihm eigentlich gebührt. Michalkow schickt seinem politischen Programm eine kurze Geschichtslektion voraus, die sich exakt an die offiziöse Sprachregelung in Russland hält. Ganz im Sinne von Medwedew's wegweisender Videoblog-Äußerung vom 30. Oktober 2009 wird der Sta-

lin-Terror zwar erwähnt, gleichzeitig überwiegt aber die Anerkennung für die russischen Errungenschaften während der Sowjetzeit: »Die Mühen der Kollektivierung und Industrialisierung wurden durchgemacht. Die Schrecken und der Schmerz des Gulag wurden durchlebt. Analphabetismus, Kinderobdachlosigkeit, Banditismus wurden liquidiert. Armut, Krankheit und Hunger wurden besiegt. In einer nationalen Heldentat wurde der 2. Weltkrieg gewonnen. Danach eignete sich unser Land als erstes den Kosmos an, indem es erneut in einem Gewaltakt die ökonomische Zerstörung überwand.«

Michalkow glaubt in einer hegelianischen Volte an die legitime Allmacht des Staates. Bei seinen Staatsdefinitionen findet er zu hymnischen Formulierungen: »Der Staat ist Kultur in der Form des Dienstes am Vaterland. Der Staat als Staatsapparat ist eine Willenskraft, die die Handlungen der Bürger und NGOs reglementieren kann und muss.« Michalkow propagiert das genaue Gegenteil eines liberalen Nachwächterstaates: »Die Staatsmacht ist ein persönliches Opfer, das auf dem Alter des Vaterlandes dargebracht wird.« Unter der Führerschaft des Präsidenten und der Machtvertikale »müssen wir erneut einig und stark werden, und Russland – groß.«

Natürlich ist Michalkows politisches Programm auch russisch-orthodox unterfüttert. Immer wieder lobt er die »Symphonie« von weltlicher und geistlicher Macht. Sein Manifest endet wenig überraschend mit den Worten: »So wahr uns Gott helfe!«

Michalkows filmische Selbstrepräsentation

Michalkow war selbst überrascht von der Resonanz, die sein Pamphlet auslöste. Die Reaktionen waren allerdings durchaus gespalten. Begeisterte Zustimmung und radikale Ablehnung hielten sich die Waage. Der nationalistische Schriftsteller Alexander Prochanow behauptete, der Herrgott selbst habe Michalkows Feder geführt, während der Polittechnologe Gleb Pawlowskij den fehlenden Sinn für Demokratie

monierte und festhielt, der Text sei klar gegen Medwedew gerichtet.

Michalkows Wortmeldung muss in einem größeren Kontext gesehen werden. Seit dem Erfolg von »Die Sonne, die uns täuscht« (1994) hat Michalkow in seinen Filmen, neuerdings aber auch in politischen Interventionen immer wieder versucht, Russland nach seinen eigenen Vorstellungen umzugestalten. Dabei wiederholt sich interessanterweise immer dasselbe Muster. Michalkow tritt selbst als moralische Autorität auf, als Vaterfigur. Er ist Mentor eines jungen, energischen Mannes, der zwar tatkräftig ist, aber geistige Führung benötigt. In »Die Sonne, die uns täuscht« spielt Michalkow den Divisionskommandeur Kotow, der den jungen NKWD-Offizier Mitja protegirt.

Dieselbe Konstellation wiederholt sich im »Der Barbier von Sibirien« (1998). Dort verkörpert Michalkow den autoritären Zaren Alexander III. (der im übrigen Putins Lieblingszar ist), der von seinen Offiziersschülern bejubelt wird. In beiden Filmen mündet allerdings das Mentorverhältnis in eine Katastrophe. Weil die jugendlichen Protagonisten den Weisungen des Älteren nicht folgen, werden sie zu tragischen Helden und enden in der Einsamkeit.

Dieselbe Struktur kann sogar in Michalkows Dokumentarfilm über seinen berühmten Vater (2003) beobachtet werden. In einem kühnen Kunstgriff dreht Michalkow hier das Elternverhältnis um. Er selbst ist nicht der Sohn, sondern der Mentor seines eigenen Vaters, der als »ewiges Kind« präsentiert wird. Sergej Michalkow (1913–2009) schrieb die Texte für die sowjetische und die russische Hymne und erwarb sich Ruhm als Kinderdichter. Besonders prominent ist in diesem Dokumentarfilm die Apologie der Sowjetzeit, die als tragische Eklipse in der russischen Heilsgeschichte begriffen wird.

Ein weiteres Mal wird die Mentor-Mentee-Struktur im Gerichtsfilm »12« (2007) handlungsbildend. Michalkow spielt hier den Vorsitzenden eines Geschworenengerichts, das über den Fall eines tschetschenischen Jungen entscheiden muss, der angeblich seinen russischen Stiefvater umgebracht hat. Der Vorsitzende ist Künstler, gibt aber zu verstehen, dass er ein ehemaliger Geheimdienstoffizier ist. Am Ende siegt die Gerechtigkeit, der junge Angeklagte wird freigesprochen, der Vorsitzende nimmt den tschetschenischen Jungen zu sich.

Michalkow verwischt in seinen Filmen deutlich die Grenze zwischen autobiographischer Selbstpräsentation und Fiktion. Er spielt zwar eine moralische Autoritätsperson, hinter der Handlungsfigur ist aber immer auch seine reale Gestalt erkennbar. Die patriarchale Linie seiner *alter ego* ist deutlich: Er wählt für sich die Rollen von Generälen, Zaren, Jury-Präsidenten – Positio-

nen von Männern, die über gut und böse, richtig und falsch entscheiden.

Michalkow als politischer Akteur

1995 und 1999 dachte Michalkow sogar laut darüber nach, als Präsident Russlands zu kandidieren. Seine eigene Qualifikation für dieses Amt schien ihm außer Frage zu stehen. In einem Interview mit »Rossijskaja gaseta« vom 20.10.1997 bezeichnete er den Präsidenten als Regisseur einer Nation: »Was ist ein Präsident? Die Aufgabe eines Präsidenten ist es, eine Atmosphäre im Land zu schaffen, die Atmosphäre des Landes zu lenken.«

Putin erhielt sofort Michalkows uneingeschränkte Unterstützung. Am 16.10.2007 veröffentlichte Michalkow gemeinsam mit anderen regierungstreuen Künstlern in der »Rossijskaja gaseta« einen Aufruf, Putin solle die Verfassung ändern und eine dritte Amtszeit durchführen: »Russland braucht ihr Talent als Staatsmann, ihre politische Weisheit.«

Im gleichen Jahr hatte Michalkow auch ein 20 Minuten langes Video zum 55. Geburtstag von Vladimir Putin produziert, in dem er die Tatkraft und Aufrichtigkeit des Präsidenten mit überschwänglichen Worten lobte. Bezeichnenderweise kommt Michalkow auch hier auf die Atmosphäre zu sprechen: »Vergleichen Sie die Atmosphäre im Land mit der Lage vor zehn, vor fünfzehn Jahren! Es gab enorme und sehr ernsthafte Veränderungen. Und obwohl es wahrscheinlich überflüssig ist, dies hervorzuheben – alle diese Veränderungen sind auf die eine oder andere Weise mit den Namen des Präsidenten verbunden. Ob wir es wollen oder nicht, es ist so. Sie sind mit seinem Namen und mit seinem konsequenten, forschenden, schöpferischen Elan in Raum und Zeit verbunden. Das sind persönliche Eigenschaften.«

Der geistige Führer der Nation

Allerdings ist die oft vorgebrachte Deutung, Michalkow habe sich mit diesem Video bei Putin anbieten wollen, falsch. Das Gegenteil ist der Fall: Michalkow ist in seiner eigenen Deutung der geistige Führer der Nation, er steht für die untrennbare Verbindung von russischer Kultur, russischer Orthodoxie, russischem Staat. Michalkow ist der Vertreter einer gesellschaftlichen Elite, die sowohl zur Sowjetnomenklatura wie auch zur zaristischen Aristokratie gehörte. Putin hingegen kommt aus einer Leningrader Proletarierfamilie, er ist aus Michalkows Sicht ein erfolgreicher Selfmademan, der aber nicht in der russischen Kultur verankert ist.

Der DVD mit dem dokumentarischen Doppelpor- trät von Michalkows Eltern ist ein Stammbaum der Familie beigegeben, der in radikaler Verkürzung und Extrapolation auch weiter entfernte prominente Verwandte wie Alexander Puschkin, Lev Tolstoi, Wladi-

mir Odojewski, Wasilij Surikow und Sergej Jessenin aufführt. Distanz spielt keine Rolle, wichtig ist hier vor allem die stolze Präsentation der berühmten Verfahren, die als Kulturträger der russischen Nation anerkannt sind.

Der symbolische Gestus, der sich mit der Publikation dieses beeindruckenden Stammbaums verbindet, ist klar: Nikita Michalkow ist selbst die Verkörperung der heiligen russischen Kultur. Seine Abstammung ermächtigt ihn nicht nur, sondern verpflichtet ihn nachgerade dazu, den Gang der russischen Geschichte zu kommentieren. Dies hat er auch mehrfach getan, vielleicht am prominentesten in seiner achtteiligen Dokumentarfilmserie »Russen ohne Russland« (2003). Michalkow stellt hier hauptsächlich weiße Generäle vor und hebt ihren selbstlosen, heldenhaften Einsatz für das Vaterland hervor. Er zitiert kriegstreibende Aussagen von Kornilow und Koltschak und leitet daraus eine eigene Metaphysik des Krieges ab. Die USA führe falsche Kriege, die die Errichtung von Demokratien zum Ziel hätten. Ein Krieg sei aber nur dann gerechtfertigt, wenn es um die Verteidigung des Vaterlands gehe. Michalkow geht dabei soweit, solche »gerechten Kriege« zu Gottesurteilen zu erheben: Letztlich gravitieren alle militärischen Auseinandersetzungen auf die Bestätigung der Nation zu.

Über den Autor

Ulrich Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen.

Lesetipps

- Nikita Michalkow: Pravo i Pravda. Manifest Prosweschtschennowo Konserwatisma. Moskva 2010. (<http://polit.ru/exchange/manifest.pdf>)
- Beumers, Birgit: Nikita Michalkow. Between nostalgia and nationalism. London: I.B. Tauris 2005

Michalkows Filmographie

Spielfilme

- 1967 Dewotschka i weschtschi (Mädchen und Dinge/Studentische Arbeit)
- 1967 I eti guby, i glasa seljonye... (Und diese Lippen, diese grünen Augen .../Studentische Arbeit)
- 1968 A ja uesschaju domoi (Und ich fahre nach Hause/Studentische Arbeit)
- 1970 Spokoinyj den v konze woiny (Ein ruhiger Tag am Kriegsende/Abschlussarbeit)
- 1974 Swoi sredi tschuschich, tschuschoi sredi swoich (Titel in Deutschland: Fremd unter seinesgleichen)
- 1976 Raba ljubwi (Titel in Deutschland: Sklavin der Liebe)
- 1977 Neokontschennaja pesa dlja mehanitscheskowo pianino (Titel in Deutschland: Unvollendete Partitur für ein mechanisches Klavier)
- 1979 Pjat wetscherow (Titel in Deutschland: Fünf Abende)
- 1979 Neskolko dnes is schisni I. I. Oblomowa (Titel in Deutschland: Tage aus dem Leben Ilja Oblomows)
- 1981 Rodnja (Titel in Deutschland: Verwandtschaft)
- 1983 Bes swidetelei (Titel in Deutschland: Gespräch ohne Zeugen)
- 1987 Otschi tschornye (Titel in Deutschland: Schwarze Augen)
- 1989 Illjusija (Illusion)
- 1990 Awtopstop (Autostop)
- 1991 Urga — territorija ljubwi (Titel in Deutschland: Urga)
- 1993 Wspominaja Tschechowa (In Erinnerung an Tschechow)
- 1994 Utomljonnje solnzem (Von der Sonne ermüdet; Titel in Deutschland: Die Sonne, die uns täuscht)
- 1999 Sibirskij zirjulnik (Titel in Deutschland: Der Barbier von Sibirien)
- 2007 12 (Titel in Deutschland: 12)
- 2010 Utomljonnje solnzem 2 (Von der Sonne ermüdet 2)

Dokumentarfilme

- 1993 Anna: ot 6 do 18 (Anna: von 6 bis 18)
- 1995 Nikita Michalkow. Sentimentalnoe puteschestwie na rodinu. Musyka russkoi schiwopisi. (Nikita Michalkow: Sentimentaler Reise in die Heimat. Die Musik der russischen Malerei)
- 2003 Russkie bes Rossii Teleserial o sudbach russkoi emigracii. (Russen ohne Russland. Fernsehserie über die Schicksale der russischen Emigration)
- 2007 55

Wie stark ist Putins Partei in den Regionen? Fraktionelle Zusammensetzung der Regionalparlamente

Von Ksenia Chepikova, Jena

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der russischen Regionalwahlen geben so, wie sie uns berichtet werden, in der Regel kein zutreffendes Bild der Mehrheitsverhältnisse in den Regionalparlamenten. Aufgrund des gemischten Wahlverfahrens, das Listenwahlrecht und Einzelwahlkreise kombiniert, hat die Putin-Partei »Einiges Russland« in der überwiegenden Mehrheit der Regionen eine verfassungsändernde Mehrheit. Ihre dominierende Stellung führt dazu, dass alle politischen Prozesse in den Regionen im Grunde in der Hand einer einzigen Partei liegen. Die anderen Parteien können kaum Einfluss nehmen. »Einiges Russland« will diese Vormachtstellung auch in den Regionalwahlen des Jahres 2011 erhalten, die im Dumawahljahr besondere Bedeutung haben. Es ist davon auszugehen, dass dies mit dem Einsatz »administrativer Ressourcen« auch wieder gelingen wird.

»Einiges Russland« in den Regionalwahlen 2010

Am 10. Oktober 2010 gingen die Menschen in 77 von 83 Regionen Russlands zu Wahllokalen, um regionale und kommunale Legislativen und kommunale Exekutiven zu wählen. Mit 30 Mio. registrierten Wählern und 100.000 Kandidaten umfassten diese Wahlen die größte Zahl der Bürger Russlands seit der Einführung der Einheitlichen Wahltage im Jahr 2005. Wie in den letzten Jahren ging auch am 10. Oktober »Einiges Russland« als Siegerin hervor, wie bei allen Wahlen der letzten Zeit beklagte man sich über eine intensive Anwendung der so genannten administrativen Ressource, über zahlreiche Manipulationen des Wahlverfahrens und über Fälschungen der Wahlergebnisse. Wieder wurden die abgehaltenen Wahlen als »die schmutzigsten in der Geschichte« bezeichnet.

In den Gebieten Magadan, Tscheljabinsk, Nowosibirsk, Kostroma, Belgorod und in der Republik Tuwa wurden am 10. Oktober die Regionalparlamente gewählt. Im Vergleich mit den Wahlen zu den Regionalparlamenten im März 2010 hat »Einiges Russland« etwas besser abgeschnitten. Nur im Gebiet Nowosibirsk lag das Ergebnis mit 44,8 % unter 50 %, in zwei Regionen – Kostroma und Magadan – konnte sie die 50%-Markierung allerdings nur sehr knapp erreichen. Im März 2010 hatte »Einiges Russland« in vier von acht Regionen weniger als 50 % bekommen und in einer Region diesen Wert nur knapp erreicht, wobei ihr schlechtestes Ergebnis bei 39,79 % im Gebiet Swerdlowsk lag. [siehe Tabelle 2 Wahlen zu den Regionalparlamenten. Wahlergebnisse »Einiges Russland« auf S. 23]

Was haben diese Zahlen zu bedeuten? Wie stark ist heute »Einiges Russland« in den Regionen? Betrachtet man die Ergebnisse, so scheint die Partei ihren Einfluss in den Regionen im letzten Jahr nicht verstärkt zu haben. Auf dem ersten Blick könnte man sogar annehmen, dass

sie in den Gebieten Swerdlowsk, Kurgan, Chabarowsk, Nowosibirsk und in der Republik Altai nicht mehr über eine Mehrheit verfügen würde.

Die Zahlen, die überall in den Medien und auch auf der Internetseite der Zentralen Wahlkommission zu finden sind und mit denen in der öffentlichen Diskussion und oft auch in der Forschung operiert wird, sind die Listenwahlergebnisse, die allerdings nur über die Verteilung der Hälfte der Mandate in den regionalen Legislativen bestimmen. Die meisten Regionalparlamente werden nach einem gemischten Verfahren gewählt: eine Hälfte der Sitze wird über Parteilisten besetzt, die andere Hälfte durch Direktwahlmandate. Das Problem liegt also darin, dass diese als »Wahlergebnisse« präsentierten Zahlen die reale Zusammensetzung der jeweiligen Regionalparlamente und die tatsächliche Stärke von »Einiges Russland« nicht widerspiegeln. So hat »Einiges Russland« am 10. Oktober z. B. im Gebiet Magadan in allen Direktwahlkreisen gewonnen und bekam damit nicht 50 %, sondern 81 % aller Mandate; im Gebiet Kostroma erhielt die Partei mit Berücksichtigung der Ergebnisse in den Direktwahlkreisen nicht 50 %, sondern 72 % der Sitze; und sogar in Nowosibirsk hat sie trotz eines schlechten Listenwahlergebnisses ca. 63 % der Mandate. Im März 2010 bekam »Einiges Russland« dank der Direktwahlkreise auch in den »Problemregionen« Swerdlowsk, Kurgan und Republik Altai über 50 %, und im Gebiet Chabarowsk sogar zwei Drittel der Sitze.

Über die Verteilung der Sitze im jeweiligen Regionalparlament kann man kurz nach den Wahlen aus den regionalen Medien erfahren. Auch in den föderalen Medien gibt es Informationen über die Ergebnisse in Direktwahlkreisen, doch meist nur unmittelbar nach den Wahlen und nicht vollständig. Eine Zusammenfassung der Wahlergebnisse, die die Direktwahlkreise berücksichtigt, sowie die Informationen über

Mandatsverteilung sind auf der Internetseite der Zentralen Wahlkommission zwar zugänglich, jedoch relativ schwer zu finden.

»Einiges Russland« in den Regionalparlamenten

Aber wie ist die aktuelle Zusammensetzung der russischen Regionalparlamente und wie stark ist Putins Partei »Einiges Russland« auf der regionalen Ebene vertreten? Hier bietet sich eine Analyse der fraktionellen Zusammensetzung als eine gute Lösung an, um die realen Kräfteverhältnisse in den regionalen Legislativen einzuschätzen. Dafür gibt es folgende Gründe:

Der Großteil der Arbeit in den russischen Regionalparlamenten wird in den Fraktionen geleistet. Die Rechte der unabhängigen fraktionslosen Abgeordneten sind im Vergleich zu Fraktionen deutlich beschnitten. Zahlreiche Verfahren können nur von Fraktionen initiiert und durchgeführt werden. Daher sind fraktionslose Abgeordnete, auch wenn sie einer Partei angehören, relativ unwichtig. Welche Bedeutung Fraktionen als politische Akteure auf der Regionalebene haben, zeigt die neueste Initiative des Präsidenten Medwedew: Ab Juni 2010 können in den regionalen Legislativen Fraktionen aus nur einem Abgeordneten gebildet werden, wenn er als einziger seine Partei im jeweiligen Parlament repräsentiert, damit seine Partei die gleichen Rechten wie die anderen in diesem Legislativorgan vertretenen Parteien bekommt.

Bei den Wahlen in den Direktwahlkreisen kann zwischen den von einer Partei aufgestellten Kandidaten, den von einer Partei unterstützten parteilosen Kandidaten (Parteianhängern) und den unabhängigen parteilosen Kandidaten unterschieden werden. Die offiziellen Wahlergebnisse zeigen nur, wie viele Mitglieder einer Partei in ein Regionalparlament gewählt wurden. Die Praxis zeigt aber, dass auch die von einer Partei unterstützten parteilosen und sogar einige unabhängige Abgeordnete ihrer Fraktion beitreten können. Diese »zusätzlichen« Fraktionsmitglieder können die Stellung der Partei deutlich stärken.

In allen regionalen Fraktionen von »Einiges Russland« herrscht eine scharfe Fraktionsdisziplin. Da diese Partei in fast allen regionalen Legislativen die Mehrheit besitzt, wird die Geschlossenheit der Fraktionen zu einem wichtigen Faktor der regionalen Politik. Es spielt nicht die Anzahl der Parteimitglieder im jeweiligen Parlament die entscheidende Rolle, sondern die Fraktionsstärke.

Versucht man also die Rolle einer Partei in einem Regionalparlament einzuschätzen, so ist nicht die Anzahl der Parteimitglieder als Mandatsträger, sondern die Anzahl der Fraktionsmitglieder entscheidend.

Die Tabelle zeigt die fraktionelle Zusammensetzung der regionalen Legislativen Russlands im Stand nach den letzten Regionalwahlen am 10. Oktober 2010. Als Informationsquelle dienten die offiziellen Seiten aller 83 Regionalparlamente im Internet, wo zahlreiche, aber in vielen Fällen unsystematisierte Informationen über jeweilige Regionalparlamente, deren Abgeordnete und Fraktionen zu finden sind. In einzelnen Fällen wurde auch zu den Internetseiten der Zentralen Wahlkommission und der regionalen Wahlkommissionen und den Medienberichten gegriffen.

Aus der Tabelle wird sichtbar, dass die Fraktionen der Partei »Einiges Russland« in allen Regionalparlamenten außer dem von Sankt Petersburg die Mehrheit der Abgeordneten stellen. Damit dominiert diese Partei trotz ihrer nicht immer beeindruckenden Listenergebnisse mit nur einer Ausnahme alle regionalen Legislativen Russlands. [vgl. Tabelle 4 Fraktionelle Zusammensetzung der russischen Regionalparlamente auf S. 19–24]

Versucht man ihre Macht in den Regionen etwas näher zu betrachten, so zeigt sich die erste Gradation: Eine Mehrheit ist nicht gleich eine Mehrheit, bekanntlich gibt es Abstimmungsverfahren, bei denen 50 %, zwei Drittel oder drei Viertel der Stimmen benötigt werden, damit eine Entscheidung zustande kommt.

Die Daten zeigen, dass »Einiges Russland« im Stadtparlament von Sankt Petersburg weniger als die Hälfte der Stimmen hat, in 20 Regionalparlamenten auf mehr als 50 % kommt, aber weniger als zwei Drittel der Stimmen zählen kann, und in den übrigen 62 regionalen Legislativen de facto über zwei Drittel der Stimmen verfügt, in 37 davon sogar über drei Viertel der Stimmen.

Was bedeuten diese Mehrheitsverhältnisse in der Praxis?

Mit einer 50 %-Mehrheit werden alle regionalen Gesetze mit Ausnahme von Regionalstatuten bzw. Republikverfassungen verabschiedet und die meisten Fragen der Parlamentsarbeit (Wahl des Vorsitzenden, Tagesordnung, Geschäftsordnung usw.) entschieden. Sie reicht auch, um einen Vertreter in den Föderationsrat zu schicken oder einen Gesetzentwurf in die Staatsduma einzubringen. Überraschenderweise reicht für eine Änderung der föderalen Verfassung, die auch den Regionen vorgelegt werden muss, die Zustimmung der Hälfte der Abgeordneten der regionalen Legislativen (es müssen aber zwei Drittel der regionalen Parlamente zustimmen). Für die Änderung einer Regionalverfassung werden aber zwei Drittel der Abgeordneten benötigt.

Mit einer qualifizierten zwei-Drittel-Mehrheit werden die Regionalverfassungen bzw. Regionalstatute verabschiedet und geändert. Wird ein Gesetz vom Regionaloberhaupt abgelehnt, so kann er von zwei Dritteln der

Abgeordneten überstimmt werden und muss das Gesetz unterzeichnen. Eine qualifizierte Mehrheit kann einem Gouverneur bzw. Republikpräsidenten Misstrauen aussprechen und ein Regionalparlament auflösen, in vielen Regionen wird eine Plenarsitzung erst mit zwei Dritteln der Abgeordneten beschlussfähig.

Die qualifizierte drei-Viertel-Mehrheit wird auf der regionalen Ebene nur selten benutzt, viel mehr Relevanz hat sie für verschiedene Verfahren in den föderalen Legislativorganen. Die Tatsache, dass »Einiges Russland« in mehr als einem Drittel der Regionalparlamente eine so überraschend große Anzahl der Mandate besitzt, ist aus einem anderen Grund interessant. Das ist eine Illustration der engen Beziehungen von Putins Partei zu den regionalen Eliten und Machtorganen und der Fähigkeit der letzten, die regionalen Wahlprozesse zu kontrollieren. Diese Erscheinung, dass die regionale Exekutive mit ihrer administrativen Ressource den Wahlprozess in die Hände nimmt, um die »richtigen« Ergebnisse zu sichern, bezeichnet Vladimir Gelman als »elektoralen Autoritarismus«.

Die vorherrschende Stellung von »Einiges Russland« in den Regionen hat zur Folge, dass alle politischen Prozesse im Grunde in der Hand einer einzigen Partei liegen. Die anderen Parteien befinden sich damit in einer schwierigen Lage. Nur in 21 Regionen, wo Putins Partei weniger als zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigen kann, besteht für sie eine begrenzte Möglichkeit, Entscheidungen zu verhindern, zumindest was Regionalstatute und einige andere Themen betrifft. Im extremsten Fall können Sie versuchen, die parlamentarische Arbeit zu boykottieren (wie es im Oktober 2009 in der Staatsduma der Fall war), um ihren Protest zu äußern. Doch dieses würde nur in 12 Regionen zum Erfolg führen, wo die Plenarsitzungen erst bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten beschlussfähig werden. In den übrigen neun liegt die Anwesenheitsgrenze bei 50 %. Es wäre also gleichgültig, ob die oppositionellen Parlamentarier an den Sitzungen teilnehmen oder nicht (abgesehen von solchen, auf denen Entscheidungen anstehen, die zwei-Drittel-Mehrheit benötigen).

»Einiges Russland« als alleinregierende Partei?

Eine kurze Bilanz: In 62 von 83 Regionen Russlands liegt die parlamentarische Arbeit und die Gesetzgebung allein in den Händen von »Einiges Russland«. Die Beteiligung anderer Parteien ist nicht notwendig, da zwei Drittel der Abgeordneten in jedem Fall ausreichen, um das Regionalparlament beschlussfähig zu machen. In 71 von 83 Regionen können zumindest die regionalen Gesetze ohne Beteiligung von anderen Parteien verabschiedet werden, weil dafür nur eine 50%-Mehrheit nötig ist. Nur in zwölf Regionen (ein Achtel der Gesamt-

zahl!) kann die regionale Gesetzgebung ohne Mitwirkung von Abgeordneten anderer Parteien fungieren.

Welche Möglichkeiten hat Putins Partei, sich in den 21 Regionen bei »zwei-Drittel-Angelegenheiten« durchzusetzen, in denen sie noch keine zwei-Drittel-Mehrheit hat? In sieben Föderationssubjekten (Gebiete Kirow, Kurgan, Moskau, Nowgorod, Nowosibirsk, Tula und Bezirk Altai) fehlt den Fraktionen von »Einiges Russland« jeweils nur eine Stimme zur zwei-Drittel-Mehrheit, in fünf Regionen (Republiken Altai und Komi, Gebiete Murmansk und Swerdlowsk, Autonomer Kreis der Nenzen) nur zwei bis drei Stimmen und in weiteren fünf Regionen (Republik Karelien, Bezirk Perm, Gebiete Kaluga, Leningrad und Samara) vier bis fünf Stimmen. Die Chancen von »Einiges Russland«, die fehlenden Stimmen kurzfristig zu mobilisieren, stehen nicht so schlecht. Erstens gibt es immer noch unabhängige Abgeordnete, die keine Parteiverpflichtungen haben und relativ leicht gewonnen werden können; zweitens kann sich »Einiges Russland« in bestimmten Fällen auf »Gerechtes Russland« – eine andere kremltreue Partei – verlassen. Zwischen den beiden Parteien ist auf der regionalen Ebene manchmal eine sehr harte Konkurrenz zu beobachten, doch es geht dabei meistens um regionale Angelegenheiten. In Fragen föderaler Bedeutung wie z. B. Verfassungsänderung, Fusion von Regionen, Vertreter der Region im Föderationsrat und Bestätigung der vom Präsidenten ernannten Gouverneure herrscht weitgehend Konsens. Selbst in den vier verbliebenen Regionen (Bezirke Krasnojarsk und Stawropol, Gebiet Astrachan und die Stadt Sankt Petersburg) können die fehlenden Stimmen durch Kooperation mit »Gerechtes Russland« problemlos ergänzt werden.

Die Rolle der Fraktionen

Ein weiterer Aspekt der Kräfteverhältnisse in den Regionalparlamenten ist die Anzahl der Fraktionen in den regionalen Legislativorganen Russlands [vgl. Tabelle 3 Fragmentierung in den russischen Regionalparlamenten auf S. 23]. In den Föderationssubjekten Kamtschatka, Kemerowo, Tjumen, Jüdisches Autonomes Gebiet, Autonomen Kreisen der Chanten und Mansen und der Tschuktschen bestehen die Legislativorgane nur aus einer einzigen Fraktion, der von »Einiges Russland«. Andere Parteien sind in diesen Regionalparlamenten zwar vertreten, aber kaum sichtbar.

Zwölf Regionen Russlands haben ein Zwei-Fraktion-Parlament. In den meisten Legislativen ist das die Kombination »Einiges Russland« – KPRF (Republiken Baschkortostan und Tschetschenien, Gebiete Kalininograd, Nischni Nowgorod, Omsk, Rostow, Wladimir und die Stadt Moskau). Als zweite Fraktion können aber auch LDPR (Republik Mari El) oder gar eine gemischte

Fraktion (»Schutz und Gerechtigkeit« im Gebiet Twer) auftreten, und es gibt auch »Musterparlamente«, wo »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland« als zwei Fraktionen zusammenarbeiten (Republiken Tuwa und Tschetschenien). Auch in diesen regionalen Legislativen sind in der Regel mehr als zwei Parteien vertreten. Die anderen spielen aber keine Rolle.

In mehreren Regionen wurde die Bildung oppositioneller Fraktionen bisher durch Parlamentsstatute erschwert, die unterschiedliche, aber in Anbetracht der Dominanz von »Einiges Russland« kaum erreichbare Mindestzahlen für den Zusammenschluss zu einer Fraktion vorschreiben. Doch selbst wenn die Anzahl der Mandate reichte, um die Mindestzahl zu überschreiten, wurde das Fraktionsbildungsrecht nicht überall genutzt. Und heute, nachdem auch Ein-Mann-Fraktionen zugelassen wurden, ist in den meisten regionalen Legislativen keine intensive Fraktionsbildung zu beobachten. Nachdem die formalen Hindernisse beseitigt sind, tritt für Parteien ein anderes Problem in den Vordergrund: In vielen Regionallegislativen können sich die Mandatsträger in der Frage der Fraktionsbildung nicht einigen. Die Uneinigkeit in den Reihen anderer Parteien stellt für »Einiges Russland« einen zusätzlichen Machtfaktor dar. In diese Richtung wirkt in vielen Regionen auch die schwächere Fraktionsdisziplin in den anderen Parteien. Selbst in den oppositionellen KPRF-Fraktionen finden sich Abgeordnete, die gegen die Position ihrer Partei und für »Einiges Russland« abstimmen.

Wie aus der Tabelle 3 [Fragmentierung in den Regionalparlamenten auf S. 23] zu sehen ist, besteht die Mehrheit der regionalen Legislativen aus vier und mehr Fraktionen. Alle Ein- und die meisten Zwei-Fraktionen-Parlamente wurden unter dem Präsidenten Putin gewählt, während z. B. alle im Jahr 2010 gewählte Regionalparlamente vier Fraktionen haben. Man könnte dies als ein Zeichen der vom neuen Präsidenten verkündeten »Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Prozesses« betrachten. Die russischen Medien haben jedoch vor den Regionalwahlen im März 2010 berichtet, es sei nach dem Skandal in der Staatsduma im Oktober 2009 ein Wunsch des Präsidenten gewesen, dass die gewohnten Manipulationen diesmal möglichst beschränkt angewendet werden und alle Parlamentsparteien in den neu gewählten Regionalparlamenten genug Plätze erhalten sollen. Diesen Wunsch habe der Präsident unmittelbar in der Öffentlichkeit und auch in Form von konkreten Anweisungen seiner Administration an die Regionen geäußert. Diese »Demokratie auf Befehl« (denn »Wünsche« des Präsidenten werden eher als Befehle wahrgenommen) scheint im Frühjahr 2010 funktioniert zu haben. Es wurde jedoch auch klar, was geschieht, wenn Wahlen weniger manipuliert wer-

den: Für »Einiges Russland« waren das die schlechtesten Wahlergebnisse seit Jahren. Und bereits die folgenden Wahlen im Oktober 2010 haben gezeigt, dass »Liberalisierung und Demokratisierung« in den Regionen anders als »auf Befehl« nicht funktionieren, denn schon wieder wurde ein Standardset von Manipulationen und Fälschungen eingesetzt, um der Partei der Macht die »richtigen« Ergebnisse zu sichern.

Die Machtstellung der Putin-Partei

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Dominanz von »Einiges Russland« in den Regionen im allgemeinen politischen Kontext zu betrachten ist. Hier kann man an das Jahr 2008 erinnern, als die vom Präsidenten Medwedew vorgeschlagenen Verfassungsänderungen, für die man Zustimmung von zwei Dritteln der regionalen Legislativen brauchte, reibungslos erfolgten. Sollten der Präsident oder der Ministerpräsident weitere Verfassungsänderungen vornehmen wollen, so werden sie auf keinen Widerstand in den Regionen treffen. Eine wichtige Rolle spielt die Zusammensetzung der Regionalparlamente auch bei der Ernennung der Regionaloberhäupter: Die Führung der Partei, die eine Mehrheit im jeweiligen Parlament besitzt, schlägt dem Präsidenten eine Kandidatenliste vor. Aus dieser Liste schlägt der Präsident einen Kandidaten vor, der dann vom Regionalparlament mit einer 50%-Mehrheit bestätigt werden muss.

Interessant sieht die Dominanz von »Einiges Russland« auch im Kontext der Beziehungen im Tandem Putin-Medwedew aus. So kann z. B. ein von Putins Partei dominiertes Regionalparlament einem von Präsidenten Medwedew ernannten Regionaloberhaupt sein Misstrauen aussprechen. Dies würde noch keine automatische Absetzung des Gouverneurs nach sich ziehen (diese Entscheidung liegt beim Präsidenten), aber eine solche Situation besitzt schon in sich ein Konfliktpotential. Ein weiteres potentiell konfliktreiches Feld liegt im Bereich der regionalen Gesetzgebung. In den Regionen, wo »Einiges Russland« über eine zwei-Drittel-Mehrheit verfügt, verliert das Regionaloberhaupt de facto sein Veto-Recht, denn er kann jederzeit vom Regionalparlament überstimmt werden. Das betrifft nicht nur gewöhnliche regionale Gesetze; auch das Regionalstatut kann ohne jede Rücksicht auf den Gouverneur geändert oder sogar neu verabschiedet werden.

Dumawahlen 2011

Zum Schluss stellt sich die Frage, ob »Einiges Russland« ihre Schlüsselpositionen in den Regionalparlamenten bis zur Dumawahl Ende 2011 beibehalten wird. Es muss nicht extra gesagt werden, wie wichtig die zwei Wahlen – also die Dumawahl 2011 und die Präsidentschaftswahl

2012 – für Russland sind. Natürlich kann von freien Wahlen keine Rede sein, sicherlich wird sich die Situation wiederholen, die Grigorij Golosow für die vergangenen föderalen und regionalen Abstimmungen bereits beschrieben hat (Russland-Analysen 180/2009, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen180.pdf>): Zu Beginn des Wahlkampfes werden die Gouverneure darüber in Kenntnis gesetzt, welche Ergebnisse »Einiges Russland« akzeptieren würde, und ihre Aufgabe wird es, diese Ergebnisse mit allen Mitteln zu sichern. Die entsprechende Methodik ist längst ausgearbeitet und getestet.

Doch 2011 könnten die Regionalwahlen ein unerwartetes Problem für die föderalen Wahlen bereiten. In diesem Jahr sollen in 18 Föderationssubjekten die Wahlen stattfinden: Nationalrepubliken Adygeja, Karelien und Komi, Bezirke Perm und Primorje, Gebiete Kaliningrad, Kirow, Kursk, Lipezk, Nischni Nowgorod, Nowgorod, Orenburg, Tambow, Tjumen und Twer, Jüdisches Autonomes Gebiet, Autonome Kreise der Chanten und Mansen und der Tschuktschen. Dazu können noch die Republik Mordwinien und die Stadt Sankt Petersburg kommen, die im Moment zu entscheiden haben, ob ihre Legislativorgane im Oktober 2011 oder im März 2012 gewählt werden sollen und heute eher zu erster Variante tendieren. Zwei Einheitliche Wahltage sollen für März und Oktober 2011 geplant sein. Das Problem, mit dem die Partei »Einiges Russland« konfrontiert wird, besteht darin, dass ihre durchschnittlichen Ergebnisse in den Regionen traditionell deutlich unter dem föderalen Ergebnis liegen. Sollte sie in März und Oktober 2011 in den Regionen auf dem üblichen Niveau oder schlechter abschneiden, wie würde sie ihren Erfolg (in Russland bezweifelt heute kaum jemand, dass sie 2011 ihre zwei-Drittel-Mehrheit in der Duma beibehalten wird) bei der Dumawahl im Dezember erklären?

Daher wird es für »Einiges Russland« sehr wichtig, 2011 die Regionalwahlen in 20 Föderationssubjekten (fast ein Viertel der Gesamtzahl!) mit einem im Kontext der kommenden Dumawahl glaubwürdigen Ergebnis zu gewinnen und ihre Dominanz in deren Regionalparlamenten zu sichern. Mit diesem Problem hat sich die Parteiführung bereits nach den Regionalwahlen im März 2010 beschäftigt: Die schlechten Wahlergebnisse führten zur Besorgnis, dass sich die Situation auch 2011 wiederholen könnte. Einen Ausweg wurde in der Möglichkeit gefunden, alle 2011 (und auch einige für März 2012) geplanten Wahlen an einem Tag abzuhalten, d. h. die Regionalwahlen sollten am Tag der Dumawahl stattfinden. Das Gesetz erlaubt eine solche Verschiebung von Wahlterminen. Noch im September 2010 hielt man dies für einen Scherz, doch schon in der ersten Oktoberwoche, unmittelbar vor dem Einheitli-

chen Wahltag, war in den russischen Medien ernsthaft davon die Rede. Diesen Medienberichten zufolge ist es durchaus möglich, dass die Oktober-Wahlen die letzten vor der Dumawahl gewesen sind; sie wurden als »Generalprobe der Dumawahl« bezeichnet.

In der Tat wäre eine solche Entscheidung für »Einiges Russland« durchaus vorteilhaft. Bis zur Einführung des heutigen Systems der Einheitlichen Wahltage wurde jede Dumawahl zusammen mit mehreren Regional- und Kommunalwahlen abgehalten, diese Praxis erwies sich als sehr effektiv: Der Effekt des Dumawahlkampfes, der traditionell sehr intensiv geführt wird, verbreitet sich auf die regionale und kommunale Ebene. Auf diese Weise kann man mit einem Wahlkampf mehrere Wahlen gewinnen. Für die anderen Parteien stünden die Perspektiven in diesem Fall schlechter, da ihre Dumawahlergebnisse normalerweise schlechter als die regionalen und besonders als die kommunalen sind. Mit großer Wahrscheinlichkeit würden bei Vereinigung der Wahltermine die Ergebnisse auf allen drei Ebenen mehr oder weniger übereinstimmen, das würde Stimmengewinn für »Einiges Russland« und Stimmenverluste der anderen Parteien auf regionaler und kommunaler Ebene bedeuten.

Ob diese Initiative ernsthaft im Kreml diskutiert wurde, werden wir wohl nie erfahren, denn schon wenige Tage nach den Oktober-Wahlen versicherte der Dumavorsitzende Boris Gryslow, dass im nächsten Jahr in 12 Föderationssubjekten die Wahlen wie geplant im März 2011 stattfinden werden. Die Analytiker meinen, dass, nachdem »Einiges Russland« bei den letzten Wahlen wieder akzeptable Ergebnisse zeigte, der Kreml überzeugt ist, dass die Wahlprozesse immer noch kontrollierbar sind, und es nun für unnötig hält, durch eine Terminverschiebung eine zusätzliche Sicherung zu schaffen. Aber immer noch wird in den Medien davon gesprochen, dass die Oktober-Wahlen zusammen mit der Dumawahl durchgeführt werden sollen.

»Einiges Russland« und ihre Patrone scheinen also vom Sieg der Partei bei den kommenden Regionalwahlen im Großen und Ganzen überzeugt zu sein. In Anbetracht der bekannten Kontrollinstrumente für die Wahlprozesse kann man behaupten, dass sie wissen, wovon sie sprechen. Die Gerüchte über die Verschiebung von Wahlterminen sind nicht nur hinsichtlich der Fragestellung nach der Dominanz von »Einiges Russland« in den Regionalparlamenten interessant. Sie sagen auch viel über das System, in dem diese Dominanz möglich wurde und mit allen Mitteln aufrechterhalten wird, ein System, das Vladimir Gelman »zentralisierten subnationalen Einparteien-Autoritarismus« nennt. Das ist ein System, in dem es als ganz normal empfunden wird, die Wahlen dann abzuhalten, wenn sie von der dominierenden Partei

mit größter Wahrscheinlichkeit gewonnen werden können; ein System, in dem zwar mehrere Parteien zugelassen, aber im föderalen Parlament eher zum Schein präsent sind und in den Regionen mit wenigen Ausnahmen

politisch fast komplett bedeutungslos erscheinen. Der Ausgang der Wahlen im März 2011 ist schon heute mehr oder weniger bekannt. Der nächste Schritt in der Entwicklung dieses Systems wird die Dumawahl 2011 sein.

Über die Autorin

Ksenia Chepikova ist Doktorandin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, sie setzt sich in ihrer Dissertation mit dem Parteiensystem Russlands auseinander und beschäftigt sich mit Föderalismus und politischer Kultur in Russland.

Literaturtipps

- Chepikova, Ksenia: Das politische System des modernen Russlands: Zurück zu Autoritarismus und Einparteiensystem?, in: Leifse, Olaf (Hg.): Die Beziehungen der Europäischen Union mit Osteuropa, Berlin 2010, S. 91–116.
- Golosov, Grigorii V.: Regionalwahlen in Russland: Wahlergebnisse nach Maß, in Russland-Analysen 180/2009, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen180.pdf>, S. 2–6.
- Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabrielle (Hg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden 2007.

TABELLEN ZUM TEXT

Ergebnisse der Regionalwahlen und Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten

Tabelle 2: Wahlen zu den Regionalparlamenten 2010: Wahlergebnisse von »Einiges Russland«

Region	März 2010	Region	Oktober 2010
Gebiet Woronesch	62,55 %	Gebiet Magadan	50,02 %
Gebiet Swerdlowsk	39,79 %	Gebiet Tscheljabinsk	55,74 %
Gebiet Rjasan	50,58 %	Gebiet Nowosibirsk	44,82 %
Gebiet Kurgan	41,23 %	Gebiet Kostroma	50,02 %
Gebiet Kaluga	53,45 %	Gebiet Belgorod	66,20 %
Bezirk Chabarowsk	47,93 %	Republik Tuwa	77,41 %
Republik Altai	44,43 %		
Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	64,76 %		

■ Rot: Gebiete, in denen »Einiges Russland« 50 %–55 % der abgegebenen Stimmen erhielt; ■ blau: Gebiete, in denen Einiges Russland weniger als 50 % der Stimmen erhielt.

Quelle: Angaben der regionalen Wahlkommissionen, nachgewiesen in: Russlandanalysen 199, S. 15; Angaben der Zentralen Wahlkommission http://www.cikrf.ru/newsite/vib_101010/18_1.pdf

Tabelle 3: Fragmentierung in den russischen Regionalparlamenten

Anzahl der Fraktionen	1	2	3	4	4+
Anzahl der Regionen	6	12	17	42	6
Regionen in %	7,2 %	14,5 %	20,5 %	50,6 %	7,2 %

Tabelle 4: Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten

Region	Wahltermin	Sitze insgesamt		Anzahl der Fraktionen	Fraktionsstärken					Fraktionslos (b)	
		Sitze	Tatsächliche Zahl der Abgeordneten (c)		Einiges Russland (a)	KPRF	LDPPR	Gerechtes Russland	Andere Fraktionen		
Republik											
<i>Adygeja</i>	2006	54	52	3	38	73,1%	7	---	5	---	1 (KPRF) + 1 unabhängiger
Altai	2010	41		4	25	61,0%	5	2	4	---	5 unabhängige
Baschkortostan	2008	120		2	114	95,0%	6	---	---	---	---
Burjatien	2007	66		4	47	71,2%	5	3	9	---	1 (ER) + 1 (GR)
Chakassien	2009	75	74	5	54	73,0%	7	5	4	Russlands Patrioten (3)	1 unabhängiger
Dagestan	2007	72		4	54	75,0%	5	---	8	Russlands Patrioten (5)	---
Inguschetien	2008	27	26	4	19	73,1%	2	3	2	---	---
Kabardino-Balkarien	2009	72		4	52	72,2%	6	5	9	---	---
Kalmückien	2008	27		2	20	74,1%	7	---	---	---	--
Karatschai-Tscherkessien	2009	73		4	56	76,7%	5	---	6	Russlands Patrioten (4)	2 unabhängige
<i>Karelien</i>	2006	50	49	5	29	59,2%	5	2	7	Russlands Rentner (2)	1 (PL) + 1 (Jabloko) + 2 unabh.
<i>Komi</i>	2006	30	29	4	17	58,6%	2	2	3	---	2 (SPS) + 3 unabhängige
Mari El	2009	52		2	44	84,6%	---	2	---	---	6 (KPRF)
<i>Mordwinien</i>	2007	48		3	45	93,8%	2	---	1	---	---
Nordossetien	2007	70		3	54	77,1%	7	---	6	---	3 (ER) (d)
Sacha (Jakutien)	2008	70		4	51	72,9%	7	---	6	Soglasije (5) (e)	1 unabhängiger
Tatarstan	2009	100	99	3	76	76,8%	6	---	---	TNW (15) (f)	2 unabhängige

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 4: Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten (Fortsetzung)

Region	Wahl-termin	Sitze insgesamt		Anzahl der Fraktionen	Fraktionsstärken					Fraktionslos (b)	
		Sitze	Tatsächliche Zahl der Abgeordneten (c)		Einiges Russland (a)	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Andere Fraktionen		
Tschetschenien	2008	41		2	37	90,2 %	---	---	---	---	---
Tschuwaschien	2007	44		3	33	75,0 %	5	---	---	---	3 (GR)
Tuwa	2010	32		2	30	93,8 %	---	---	---	---	---
Udmurtien	2007	100	98	4	75	76,5 %	8	4	---	---	2 unabhängige
Kraj (Bezirk)											
Altai	2008	68	67	4	44	65,7 %	7	6	---	---	1 unabhängiger
Chabarowsk	2010	26		4	19	73,1 %	3	2	---	---	---
Kamtschatka	2007	48		1	40	83,3 %	---	---	---	---	2 (KPRF) + 4 (LDPR) + 2 (RP)
Krasnodar	2007	70	69	3	60	87,0 %	6	---	---	---	---
Krasnojarsk	2007	52		4	29	55,8 %	7	3	---	---	2 (SPS) + 1 (GR) + 3 unabhäng.
Perm	2006	60		3(+3)	36	60,0 %	2	5	---	AG (g): Gerechte Sache (5) + Solidar-nost (7) + GR (5)	---
Primorje	2006	40		3	32	80,0 %	3	---	---	Swoboda i narodowlastie (5)	---
Stawropol	2007	50		4(+1)	27	54,0 %	5	3	13	AG: Gerechte Sache (2)	---
Transbaikalien	2008	50	46	4	35	76,1 %	5	3	2	---	1 unabhängiger
Oblast (Gebiet)											
Amur	2008	36		3	25	69,4 %	7	4	---	---	---
Archangelsk	2009	62	61	4	41	67,2 %	6	3	9	---	2 unabhängige

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 4: Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten (Fortsetzung)

Region	Wahl-termin	Sitze insgesamt		Anzahl der Fraktionen	Fraktionsstärken					Fraktionslos (b)	
		Sitze	Tatsächliche Zahl der Abgeordneten (c)		Einiges Russland (a)	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Andere Fraktionen		
Astrachan	2009	58	56	3(+2)	33	58,9%	7	---	6	AG: Astrachan (4) Astrachanskij region (4)	2 unabhängige
Belgorod	2010	35		3(+1)	29	82,9%	3	2	---	AG: Gerechtes Russland (1)	---
Brijansk	2009	60		4	46	76,7%	8	2	3	---	1 unabhängiger
Irkutsk	2008	50	48	4	36	75,0%	5	4	2	---	1 unabhängiger
Iwanowo	2008	48	46	4	36	78,3%	4	2	3	---	1 (ER)
Jaroslavl	2008	50		4	39	78,0%	4	4	---	Russlands Patrioten (2)	1 unabhängiger
<i>Kaliningrad</i>	2006	40	39	2	26	66,7%	4	---	---	---	3 (RP) + 2 (LDPR) + 4 unabh.
Kaluga	2010	40	39	4	22	56,4%	9	4	4	---	---
Kemerowo	2008	36		1	35	97,2%	---	---	---	---	1 (GR)
<i>Kirow</i>	2006	54	53	4(+1)	35	66,0%	5	5	3	AG: Unabh. Abgeordnete (5)	---
Kostroma	2010	36		4	26	72,2%	4	2	3	---	1 unabhängiger
Kurgan	2010	34		4	22	64,7%	5	2	5	---	---
<i>Kursk</i>	2006	45	42	3	32	76,2%	5	---	3	---	2 unabhängige
Leningrad	2007	50		4	30	60,0%	6	4	7	---	3 (ER)
<i>Lipezk</i>	2006	56	54	3	40	74,1%	4	---	7	---	1 (LDPR) + 2 unabhängige
Magadan	2010	21		4	17	81,0%	2	1	1	---	---
Moskau	2007	50		3	33	66,0%	12	---	5	---	---
Murmansk	2007	32		4	20	62,5%	3	2	6	---	1 unabhängiger

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 4: Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten (Fortsetzung)

Region	Wahl-termin	Sitze insgesamt		Anzahl der Fraktionen	Fraktionsstärken					Fraktionslos (b)	
		Sitze	Tatsächliche Zahl der Abgeordneten (c)		Einiges Russland (a)	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Andere Fraktionen		
<i>Nischni Nowgorod</i>	2006	50		2	41	82,0%	4	---	---	---	2 (LDPR) + 3 (GR)
<i>Nowgorod</i>	2006	26		3(+1)	17	65,4%	3	1	---	AG: Wetsche (4) (h)	1 unabhängiger
<i>Nowosibirsk</i>	2010	76		4	50	65,8%	16	4	6	---	---
<i>Omsk</i>	2007	44	43	2	38	88,4%	5	---	---	---	---
<i>Orenburg</i>	2006	46		4	33	71,7%	7	3	---	Russlands Patrioten (3)	---
<i>Orjol</i>	2007	50	49	4	33	67,3%	10	2	4	---	---
<i>Pensa</i>	2007	25		3	22	88,0%	2	---	1	---	---
<i>Pskow</i>	2007	44	43	4	29	67,4%	5	3	4	--	2 unabhängige
Rjasan	2010	36		4	25	69,4%	4	5	2	---	---
<i>Rostow</i>	2008	50		2	45	90,0%	5	---	---	---	---
<i>Sachalin</i>	2008	28		4	21	75,0%	4	1	2	---	---
<i>Samara</i>	2007	50		4	33	66,0%	7	3	4	---	1 (GS) + 1 (SPS) + 1 (Grüne)
<i>Saratow</i>	2007	36		3	31	86,1%	2	---	3	---	---
<i>Smolensk</i>	2007	48		3	37	77,1%	6	4	---	---	1 (GR)
<i>Swerdlowsk</i>	2010	28		4	16	57,1%	5	4	3	---	---
<i>Tambow</i>	2005	50		3	35	70,0%	---	4	5	---	6 (KPRF)
<i>Tjumen</i>	2005	34		1	30	88,2%	1	2	1	---	---
<i>Tomsk</i>	2007	42		4	30	71,4%	3	2	2	---	1 (LDPR) + 2 (SPS) + 2 unabh.
Tscheljabinsk	2010	60	59	4	49	83,1%	3	3	4	---	---
<i>Tula</i>	2008	48		3	31	64,6%	10	---	7	---	---

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 4: Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten (Fortsetzung)

Region	Wahltermin	Sitze insgesamt		Anzahl der Fraktionen	Fraktionsstärken							
		Sitze	Tatsächliche Zahl der Abgeordneten (c)		Einiges Russland (a)	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Andere Fraktionen	Fraktionslos (b)		
<i>Twer</i>	2005	33		2	22	66,7 %	---	---	---	---	Schutz und Gerechtigkeit (5) (i)	2 (KPRF) + 2 (LDPR) + 2 (Narodnaja wolja)
Uljanowsk	2008	30		4	25	83,3 %	3	1	---	---	---	---
Wladimir	2009	38	37	2	26	70,3 %	7	---	---	---	---	1 (LDPR) + 1 (GR) + 2 unabh.
Wologograd	2009	38		4	27	71,1 %	6	2	3	---	---	---
Wologda	2007	34		4	24	70,6 %	2	2	4	---	---	1 (Volksbewegung Wologda) + 1 (AP)
Woronesch	2010	56		4	48	85,7 %	5	2	1	---	---	---
Stadt von föderaler Bedeutung												
Moskau	2009	35		2	32	91,4 %	3	---	---	---	---	---
<i>Sankt Petersburg</i>	2007	50		4	23	46,0 %	9	5	13	---	---	---
Autonomes Gebiet												
Jüdisches AG	2006	16		1	11	68,8 %	---	---	---	---	---	3 (KPRF) + 1 (RR) + 1 unabh.
Autonomer Bezirk												
<i>AK der Chanten und Mansen</i>	2006	28		1	22	78,6 %	---	---	---	---	---	1 (KPRF) + 2 (LDPR) + 3 (Assemblee der indigenen Kleinvölker)
AK der Jamal-Nenzen	2010	22	21	4	16	76,2 %	1	2	1	---	---	1 unabhängiger
AK der Nenzen	2009	11		3	6	54,5 %	2	2	---	---	---	1 unabhängiger
<i>AK der Tschuktschen</i>	2005	12	11	1	7	63,6 %	--	--	--	---	---	1 (LDPR) + 3 unabhängige (j)

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 4: Fraktionsstärken in den Regionalparlamenten (Fortsetzung)

Quelle: Zusammenstellung von Ksenia Chepikova, November 2010.

* **Fett:** Regionen, wo am 10.10.2010 Regionalparlamentwahlen stattgefunden haben.

** **Fett, Kursiv:** Regionen, wo die Regionalparlamentwahlen im Jahr 2011 stattfinden sollen.

(a) **rot:** 75 % und mehr; **gelb:** 66 % und mehr; **violett:** 50 % und mehr; **blau:** weniger als 50 %

(b) **Abkürzungen:** ER – Einiges Russland, SPS – Union der Rechten Kräfte (heute aufgelöst), GR – Gerechtes Russland, RP – Russlands Patrioten, RR – Russlands Rentner (heute ein Teil von Gerechtes Russland), AP – Agrarpartei Russlands (heute ein Teil von Einiges Russland), PL – Partei des Lebens (heute bei Gerechtes Russland), GS – Gerechte Sache

(c) Diese Zahl bezeichnet die aktuelle Anzahl der Abgeordneten, die auf der Internetseite des jeweiligen Parlaments zu finden ist.

(d) Das sind die Parlamentsvorsitzende und zwei ihre Stellvertreter. Laut der Internetseite des nordossetischen Parlaments gehören diese drei wichtigsten ER-Abgeordneten nicht zu derer Fraktion. Wahrscheinlich soll damit die »Unparteilichkeit« der Parlamentsleitung gezeigt werden. Das ist ein Ausnahmefall unter den russländischen Regionalparlamenten.

(e) **Energielobby**

(f) TNW – Tatarstan Nowyj Wiek [Tatarstan – das neue Jahrhundert] – eine Partnerfraktion von Einiges Russland, der Vorsitzende und weitere 12 Fraktionsmitglieder sind Abgeordnete von Einiges Russland, zwei Fraktionsmitglieder sind unabhängige Abgeordnete.

(g) Bei der Bezeichnung »AG« handelt es sich um »Abgeordnetengruppen«. Während sich die Fraktionen meistens nach Parteizugehörigkeit/-unterstützung bilden, werden die Abgeordnetengruppen nach fach-, ort- oder problemspezifischen Prinzip gebildet.

(h) 2 – »Freies Russland/Bürgerkraft«, 1 – Gerechtes Russland, 1 - parteilos

(i) 2 – KPRF, 2 – Rodina, 1 – Narodnaja wolja.

(j) Das sind Roman Abramowitsch – der Duma-Vorsitzende seit 2008 – und zwei seiner Stellvertreter (Andrej Gorodilow und Aramais Dallakjan), die bis 2008 auch seine Stellvertreter im Gouverneursamt waren.

Vom 18. November bis zum 2. Dezember 2010

18.11.2010	Oksana Sergjenko, die Stellvertretende Finanzministerin, teilt mit, dass das russische Finanzministerium bis 2014/2015 zu einer Haushaltsbilanz unabhängig von Öl- und Gaseinnahmen zurückkehren will.
20.11.2010	Dmitrij Medwedew nimmt am NATO-Gipfel in Lissabon teil. Die NATO lädt Russland ein, sich an einem gemeinsamen Raketenabwehrsystem zur Verteidigung des Euro-Atlantischen Raumes zu beteiligen.
20.11.2010	Die Facebook-Seite von Michail Chodorkowskij wird von der russischen Facebook-Verwaltung geschlossen, da der Inhaber der Seite zunächst authentifiziert werden müsse. Die Blockade wird am 23.11. wieder aufgehoben.
20.11.2010	Jewgenija Tschirikowa, Vorsitzende der »Bewegung zum Schutz des Waldes von Chimki«, wird zur Vorsitzenden des Koordinationsrates aller regionalen öffentlichen Organisationen der föderalen Modernisierungsbewegung »Vorwärts Russland!« gewählt.
21.11.2010	Auf dem Puschkinplatz in Moskau demonstrieren ca. 300 Personen gegen den Abriss ihrer Häuser beim Bau der Autotrasse Moskau-St. Petersburg gemäß der Alternativroute, die den Wald von Chimki umgeht. Gegen dessen Abholzung wird seit Monaten protestiert.
21.11.2010	Auf dem Puschkinplatz in Moskau findet eine Versammlung zur Unterstützung der überfallenen Journalisten unter dem Motto »Keine Willkür der Strafverfolgung« statt.
22.11.2010	Das St. Peterburger Stadtgericht genehmigt das Bauvorhaben »Ochta-Zentrum« am Rande der historischen Altstadt St. Petersburgs. Die Bauarbeiten sollen im Sommer 2011 beginnen. Ein Konsortium um Gasprom plant, ein Gebäude von 396 Meter Höhe zu errichten.
22.11.2010	Präsident Dmitrij Medwedew hält anlässlich der Einrichtung eines Netzwerks von Öffentlichen Empfangszentren in allen Föderationssubjekten einen »Einheitlichen Bürgerempfangstag« ab, an dem russische Bürger sich elektronisch an den Präsidenten wenden können.
22.11.2010	Bei einem Feuergefecht in Nasran (Inguschetien) sterben ein Mitarbeiter des Innenministeriums und ein Untergrundkämpfer.
22.11.2010	Dmitrij Medwedew zeichnet Ella Pamfilowa, von 2002 bis zum 30.7.2010 Vorsitzende des Rates zur Unterstützung der Institute der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim russischen Präsidenten, für ihre »langjährige fruchtbare Tätigkeit« mit den Orden der Ehre aus.
23.11.2010	Die Russische Regierung gestattet den ISAF-Truppen in Afghanistan den Transport von Ausrüstung und militärischem Gerät über russisches Territorium in beide Richtungen. Die Transportvereinbarung vom 28. März 2008 erlaubte nur Transporte nach Afghanistan.
23.11.2010	Sergej Sobjanin, Bürgermeister von Moskau, wird in den Obersten Rat der Partei »Einiges Russland« gewählt.
23.11.2010	Die Aachener Polizei verhaftet einen russischen Bürger, der in Belgien als Angehöriger eines islamistischen Netzwerks gesucht wird. Ihm wird vorgeworfen, junge Leute für den Untergrundkampf in Tschetschenien angeworben zu haben.
23.11.2010	Präsident Dmitrij Medwedew löst mehrere Angehörige der Führung der Inneren Truppen im Nordkaukasus ab und besetzt die Positionen neu. Dazu gehören u. a. der Stabschef der Inneren Truppen im Operationsgebiet und der Chef der Abteilung Aufklärung.
23.11.2010	Das russische Außenministerium teilt mit, es habe von georgischer Seite keine offizielle Anfrage über die Aufnahme von Kontakten erhalten. Mit der jetzigen georgischen Führung habe man auch nichts zu diskutieren. Am Vortag hatte der georgische Präsident Michail Saakaschwili erklärt, er sei für Gespräche mit Russland – »ohne Vorbedingungen und auf jeder Ebene«.
23.–25.11.2010	Staatsbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao. Im Rahmen der 15. russisch-chinesischen Regierungskonsultationen trifft er mit Ministerpräsident Wladimir Putin zusammen. In Moskau empfängt ihn Präsident Dmitrij Medwedew.
24.11.2010	Präsident Dmitrij Medwedew löst eine Reihe hoher Militärs ab, darunter den Stellvertretenden Generalstabschef und den Leiter der Abteilung Organisation und Planung im Generalstab.
24.11.2010	Die Präsidialadministration strengt eine Klage gegen die Zeitung »Nowaja Gaseta« an, zur Verteidigung von Ehre, Würde und des geschäftlichen Rufs, und fordert 1 Mio. Rubel Schadenersatz. Die Zeitung hatte am 12. Juni 2010 über Korruption in der Präsidialadministration berichtet.
25.11.2010	Im Rayon Tarskij im Gebiet Omsk werden beim Absturz eines Hubschraubers sieben Personen getötet.

25.11.2010	Wladimir Putin publiziert in der Münchener »Süddeutschen Zeitung« einen Artikel, in dem er die Schaffung einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok vorschlägt.
25./26.11.2010	Arbeitsbesuch von Ministerpräsident Wladimir Putin in Deutschland.
26.11.2010	Die russische Staatsduma verurteilt erstmals in einer Erklärung das Massaker von Katyn und macht Josif Stalin für die Ermordung von mehr als 20.000 polnischen Offizieren im Jahr 1940 verantwortlich. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten unterstützen die Erklärung.
28.11.2010	Die Internetplattform WikiLeaks veröffentlicht 250.000 Geheimdokumente der US-Botschaften an das US State Department. Unter diesen sind auch einige Mitteilungen zu Russland enthalten, in denen Medwedews politische Macht als gering eingestuft und Russland als »Mafia-Staat« bezeichnet wird.
28.11.2010	Bei einem Einsatz der Sicherheitskräfte werden im Rayon Kisljarsk (Dagestan) zwei Untergrundkämpfer getötet, darunter ein ehemaliger örtlicher Imam.
30.11.2010	Präsident Dmitrij Medwedew hält seine dritte Rede zur Lage der Nation vor den beiden Kammern des russischen Parlaments.
01.12.2010	Dmitrij Medwedew nimmt am OSZE-Gipfeltreffen in Astana teil. Er spricht sich für eine Modernisierung der Organisation aus.
01.12.2010	Der Föderationsrat nimmt eine veränderte Fassung der Bestimmungen des Versammlungsrechts an. Die ursprüngliche Fassung war am 6. November von Präsident Medwedew abgelehnt worden.
02.12.2010	Ministerpräsident Wladimir Putin gibt Larry King in seiner CNN Show ein Interview, in dem er sich auch zu Fragen der Außenpolitik äußert und die Ratifizierung des START-Abkommens durch den US-Kongress einfordert.
02.12.2010	Die britische Tageszeitung »The Guardian« publiziert weitere, auf WikiLeaks veröffentlichte Berichte von US-Diplomaten, in denen Russland, die politische Ordnung und Führung scharf kritisiert werden.
02.12.2010	Das Exekutivkomitee des Weltfußballverbandes FIFA entscheidet, dass Russland der Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 wird.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Ost-Ausschuss: Russland muss integraler Bestandteil eines europäischen Wirtschaftsraums werden

Treffen der deutschen Wirtschaft mit Ministerpräsident Putin in Berlin

- Deutsche Wirtschaft für Russland Modernisierungspartner Nummer 1
- Mangold: Unterstützung für Abschaffung von Visa

Als »bahnbrechend« bewertet der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft den Besuch des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin in Deutschland. »Putins Vorstoß für eine engere Partnerschaft mit der EU und einen gemeinsamen Markt zwischen Lissabon und Wladiwostok wird von der deutschen Wirtschaft mit Nachdruck unterstützt«, erklärte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold nach einem Unternehmerverspräch mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin in Berlin. »Die Zeit ist reif, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Russland und der EU aufzuschlagen, das von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und Abstimmung in Wirtschaftsfragen geprägt ist«.

Nach der Einigung Russlands mit der EU auf ein Zollabkommen stehe nun auch einem russischen WTO-Beitritt nichts mehr im Wege. »Dieser Beitritt, den wir in nicht allzu ferner Zukunft erwarten, muss gleichzeitig das Startsignal für ernsthafte Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen Russland und der EU sein«, betonte Mangold. »Russland muss ein integraler Bestandteil eines zukünftigen europäischen Wirtschaftsraums werden, sonst werden wir Europäer im globalen Wettbewerb abgehängt.« Die auch von Putin angestrebte Freihandelszone müsse dann auch eine Reduzierung der jüngst durch Russland erhöhten Zollsätze auf Autos, Landmaschinen und anderen Waren beinhalten, betonte Mangold. Geklärt werden müsse zudem, inwieweit eine Freihandelszone zwischen EU und Russland mit der jüngst von Russland gegründeten Zollunion mit Belarus und Kasachstan harmoniere.

In dem Gespräch mit dem russischen Ministerpräsident seien große gemeinsame Interessen deutlich geworden: Als Lieferant von Energierohstoffen, Metallen und anderen Bodenschätzen sei Russland für die europäische Wirtschaft unverzichtbar, gerade auch im Hinblick auf den wachsenden chinesischen Hunger nach Rohstoffen. Umgekehrt stehe die deutsche Wirtschaft als Modernisierungspartner für Russland bereit. »Ministerpräsident Putin möchte einen innovativen Mittelstand aufbauen und seine Industrie auf Weltmarktniveau bringen. Deutschland ist hier Wunschpartner Nummer 1. Diese Chance gilt es zu nutzen«, sagte der zukünftige Ost-Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes (METRO AG), der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm.

In den Gesprächen sei es auch um industrielle Partnerschaften und eine mögliche deutsche Beteiligung an den geplanten Unternehmensprivatisierungen in Russland gegangen. »Ministerpräsident Putin hat uns hier mit neuen Informationen versorgt und unterstrichen, dass Russland die Investitionsbedingungen weiter verbessern will. Wir haben hier darauf hingewiesen, dass es noch Reformbedarf gibt, insbesondere was die Offenheit gegenüber ausländischen Investoren und die bürokratischen Abläufe betrifft«, sagte Mangold. Putin forderte zugleich die deutsche Wirtschaft auf, offener für russische Investitionen zu sein.

An dem Gespräch mit dem russischen Ministerpräsidenten nahmen auf Einladung des Ost-Ausschusses Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und Vertreter von über 20 mittelständischen und großen deutschen Unternehmen teil. Insgesamt repräsentierten die Gesprächsteilnehmer Unternehmen mit weltweit 2,8 Millionen Mitarbeitern und einem Umsatz von zusammen rund 800 Milliarden Euro. Beteiligt waren unter anderem der Handel, die Bauindustrie, Auto-, Maschinen- und Anlagenbauer, die Gesundheitswirtschaft, Energie- und Logistikunternehmen sowie Bankenvertreter. Sie hatten Gelegenheit, laufende und geplante Projekte im Detail mit dem Ministerpräsidenten und seiner Delegation zu besprechen.

In dem rund zweistündigen Gespräch in vertrauensvoller Atmosphäre sei es auch um den verstärkten Abbau von Bürokratie und Korruption und um die Visa-Frage gegangen, sagte Mangold in der anschließenden Pressekonferenz. Weil die EU die Verhandlungen über die Abschaffung von Visa verzögert, hatte Russland Anfang November die Anforderungen für EU-Bürger nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit verschärft und verlangt nun seinerseits Verdienstbescheinigungen oder andere Einkommensnachweise von EU-Bürgern. »Die neuen Regeln erschweren den wirtschaftlichen Austausch und belasten damit auch den Modernisierungsprozess in Russland. Darauf haben wir hingewiesen«, teilte Mangold mit. »Gleichzeitig unterstützen wir den Wunsch Russlands nach völliger Abschaffung der Visa. Die EU sollte sich dazu mit Russland schnell auf einen Fahrplan einigen.« »Gerade Deutschland sollte hier auf der europäischen Ebene auf eine Verbesserung hinwirken«.

Nach einem schwierigen Jahr 2009 erlebt der deutsch-russische Handel derzeit einen starken Aufschwung: In den ersten acht Monaten wuchs das Handelsvolumen um 30 Prozent auf 42 Milliarden Euro, dabei nahmen die deut-

schen Exporte nach Russland überdurchschnittlich um 28 Prozent auf 18,8 Milliarden Euro zu, während die deutschen Importe um 30 Prozent auf 23 Milliarden Euro zulegen. Deutschland hat einen Spitzenplatz in der Liste der wichtigsten Investoren in Russland. Die deutschen Direktinvestitionen in Russland stiegen im laufenden Jahr um rund 500 Millionen auf 8,3 Milliarden US-Dollar.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft wurde 1952 als älteste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft gegründet. Der Ost-Ausschuss führt jährlich eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Unternehmerreisen und Konferenzen in und über 22 Länder Mittel- und Osteuropas durch. Die Organisation mit Sitz in Berlin versteht sich als Kompetenzzentrum der deutschen Wirtschaft für die osteuropäischen und zentralasiatischen Zukunftsmärkte. Dem Ost-Ausschuss gehören große Wirtschaftsverbände sowie 160 Unternehmen an.

Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Andreas Metz

Tel. 0170 - 7961043

Mail: A.Metz@bdi.eu

LESEHINWEIS

Osteuropa 10/2010 ist erschienen. Es hat 152 Seiten und kostet 10,00 €. Das Inhaltsverzeichnis finden Sie hier. <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1289560980000> Bestellen Sie bitte unter osteuropa@dgo-online.org. Das Heft enthält folgende Aufsätze zu Russland:

Gemma Pörzgen

Dringend reformbedürftig

Der Petersburger Dialog auf dem Prüfstand

2010 tagte der Petersburger Dialog zum zehnten Mal. Von der medialen Aufmerksamkeit der Regierungskonsultationen mit Präsident Medvedev und Kanzlerin Merkel an der Spitze profitiert der Petersburger Dialog. Doch ob er seinem ursprünglichen Zweck gerecht wird, die Zivilgesellschaften beider Länder zu stärken und einander näher zu bringen, daran scheiden sich die Geister. Die Veranstalter preisen den Dialog als Erfolgsmodell. Kritiker beklagen den Charakter eines Honoratioren-Clubs, die Rituale und die Simulation von Ergebnissen. Der Petersburger Dialog bedarf dringend der Reform.

Hans-Henning Schröder

»Tiefste Barbarei«, »höchste Civilisation«

Stereotypen im deutschen Russlandbild

In der deutsch-russischen Geschichte haben die Deutschen gute und schlechte Erfahrungen mit ihrem mächtigen Nachbarn gemacht und diese in freundlichen oder bösen Russlandbildern verarbeitet. Über anderthalb Jahrhunderte hat sich so ein Fundus von Stereotypen herausgebildet, der positive und negative Muster enthält. Je nach politischer Wetterlage bedienen sich Politik und Medien bis heute aus diesem Fundus.

Gabriella Berolatti

Allegro, ma non troppo

Italiens Wirtschaftsbeziehungen zu Russland

Italien versteht sich als ein strategischer Partner Russlands in der EU. Rom macht sich für eine intensive Einbindung Moskaus in den Brüsseler Orbit stark. Bilateral dominiert in Italiens Beziehungen zu Russland der Handel. Sieht man von einem kurzzeitigen Einbruch nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ab, wächst das Handelsvolumen seit 2000 kontinuierlich, aber mäßig. Italien importiert vor allem Rohstoffe und exportiert Maschinen, Lebensmittel und Konsumgüter. Unter den Nicht-EU-Staaten ist Russland nach den USA und China Italiens drittgrößter Wirtschaftspartner. Dennoch fühlen sich vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat von Italiens Wirtschaft bilden, von der Regierung im Russlandgeschäft oft allein gelassen.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de